



Europäische Union
Regionalpolitik

panorama

inforegio

41

Frühjahr 2012

Ergebnisse im Fokus
Feinabstimmung der Kohäsionspolitik

de

EDITORIAL

Johannes Hahn

3

SCHWERPUNKT – DIE KÜNFTIGE KOHÄSIONSPOLITIK

Verstärkte Konzentration auf Ergebnisse

Der leistungsrahmen – Was ist das?

Der neue Ansatz im Test – Ergebnisse in der Praxis

4-11

12

HAUPTINDIKATOREN: HILFSMITTEL ZUR ABBILDUNG DES FORTSCHRITTS IN UNSEREN REGIONEN

13-15

REGIONEN IN ÄUSSERSTER RANDLAGE – INNOVATION IN DEN REGIONEN IN ÄUSSERSTER RANDLAGE

16-17

DÄNISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT: EU2012.DK

18-23

VEREINFACHUNG – VEREINFACHUNG DER ZUKÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK

24-25

INTERVIEWS

Constanze Angela Krehl & Lambert van Nistelrooij,
Mitglied des Europäischen Parlaments

26-29

PROJEKTE

Projektbeispiele aus Estland, den Niederlanden,
Polen und Spanien

30-31

REGIOSTARS AWARDS

32

EFRE UNTERSTÜTZT E-GOVERNMENT – DOCH ES IST NOCH VIEL ZU TUN

33

„FINANZMITTEL, FLEXIBILITÄT UND FOKUS“ FÜR BESONDERE EU-REGIONEN

34-35

KARTEN

Verkehrstote pro Million Einwohner, 2010

Potenzielle Verbesserung des Zugangs zu Straßen: Hochgeschwindigkeitsszenario
im Vergleich zur aktuellen Situation

36

TERMINE

Fotos (Seiten):

Titelseite: © Fotolia

Seite 2, 4-8, 12-13, 15, 17, 20-21, 23, 32-33: © Shutterstock

Seite 3, 30-31: © Europäischen Kommission

Seite 9: © Balázcz Pichler/Shutterstock

Seite 10: © Regione Marche/Shutterstock

Seite 11: © Erik Schuss/Shutterstock

Seite 14: © Dayglow editions/Shutterstock

Seite 16: © Stefan Emanoil Ilcus/Shutterstock

Seite 21: © Fotolia

Seite 24: © Jehnichen

Seite 25: © Europäisches Parlament/Shutterstock

Seite 27: © Paul Tolenaar

Seite 28: © Ministry of Economy, Poland

Seite 29: © Patronal CECOT

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar.

Online-Fassungen sind in 21 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/information/panorama/index_de.cfm

Die Beiträge in dieser Veröffentlichung geben die Ansichten der Verfasser und nicht notwendigerweise die Meinungen der Europäischen Kommission wieder.



Eines der Hauptziele des neuen Ansatzes in der Kohäsionspolitik, den wir im Oktober 2011 vorgestellt haben, ist es, sie intelligenter und fokussierter zu gestalten. So kann die Kohäsionspolitik nach 2013 zur Hauptinvestitionsstrategie der Europäischen Union und zum wichtigsten Instrument bei der Umsetzung der Ziele der Strategie Europa 2020, Wachstum und Beschäftigung, werden.

Es ist wichtig, dass wir diesen intelligenteren Ansatz auf andere, verwandte Politikbereiche ausweiten. Am 14. März stellte die Kommission die Einzelheiten des Gemeinsamen Strategischen Rahmens (GSR) für den Zeitraum 2014-2020 vor. Dieser Rahmen verbindet die Umsetzung der Kohäsionspolitik mit Strategien für die Entwicklung des ländlichen Raums sowie die Fischerei- und Meerespolitik.

In jedem dieser Politikbereiche gibt es derzeit eine eigene Strategie und der GSR, der gemeinsam von den Kommissionsabteilungen entwickelt wurde, die für diese Bereiche zuständig sind, wird dazu beitragen, sicherzustellen, dass die neuen Investitionsprioritäten und wichtigsten Maßnahmen nicht nur die maximale Unterstützung der Kohäsions- und Strukturfonds erhalten, sondern wann immer möglich auch des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und des Meeres- und Fischereifonds.

Pilotprojekte mit Ergebnisindikatoren

Die Hauptmerkmale der zukünftigen Kohäsionspolitik sind ein deutlich stärkerer Fokus auf die thematische Konzentration und das Erreichen von Ergebnissen. Um festzustellen, wie diese Änderungen in der Politik in der Praxis funktionieren werden, führte die Kommission in Zusammenarbeit mit 12 Verwaltungsbehörden in acht EU-Mitgliedstaaten eine Reihe von Pilottests durch.

Diese Aktionsforschung hat uns gezeigt, dass unser neuer Ansatz tatsächlich durchführbar ist, jedoch nur mit einer deutlich veränderten Verfahrensweise derjenigen, die die Programme konzipieren. Wollen wir die gewünschte thematische Konzentration erreichen, ist ein umfassender Prozess der Abwägungen und politischen Entscheidungen erforderlich. Dies zeigt deutlich, wie wichtig es ist, sich in die politische Debatte über die Entscheidungen, welche die Triebfeder für die Programmkonzeption sein sollten, einzubringen.

In dieser Ausgabe von *Panorama* hören wir von einigen Personen, die in die Pilotprogramme eingebunden waren, und erfahren, wie sie darüber denken.

Auch in unseren Gesprächen mit dem Europäischen Parlament über die Kommissionsvorschläge zur Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014-2020 machen wir gute Fortschritte. In dieser Ausgabe erfahren wir, wie Constanze Angela Krehl und Lambert van Nistelrooij, zwei führende Mitglieder des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments, den neuen Ansatz für die Zeit nach 2013 beurteilen.

Ich möchte Sie auch auf unseren umfassenden Leitfaden zu den Zielen der Vereinfachung der neuen Kohäsionspolitik hinweisen, in dem wir einige nützliche Tipps für die praktische Umsetzung der Vereinfachung geben.

Johannes Hahn

Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Regionalpolitik

DIE KÜNFTIGE KOHÄSIONSPOLITIK – VERSTÄRKTE KONZENTRATION AUF ERGEBNISSE

Bei den Vorschlägen der Europäischen Kommission zur Zukunft der Kohäsionspolitik liegt der Schwerpunkt viel stärker auf den Ergebnissen als früher. Angesichts der Wirtschaftskrise ist es wichtiger denn je, dass die verfügbaren Ressourcen in einer Weise eingesetzt werden, dass ein größtmöglicher Wert für die EU-Bürger entsteht.

Die politischen Entscheidungsträger sind sich zunehmend bewusst, dass es nicht ausreicht, auf die korrekte Verwendung öffentlicher Gelder zu achten. Gelder können korrekt ausgegeben werden und die Ergebnisse sind unter Umständen trotzdem begrenzt. Die Herausforderung besteht heute darin, Mittel richtig einzusetzen und Ergebnisse zu erzielen.

Eine Wirkung ist die Veränderung, die glaubhaft einer Intervention zugeschrieben werden kann. „Wirkung einer Intervention“ oder „Beitrag einer Intervention“ sind alternative Ausdrücke dafür.

Interventionslogik eines Programms als Ausgangspunkt

Bei der Konzeption jedweder öffentlichen Intervention wird zuerst ein Problem benannt, das gelöst werden soll. Da es stets eine Vielzahl von Bedürfnissen gibt, sollte die Entscheidung, welches Bedürfnis nun gedeckt werden soll, das Ergebnis eines Prozesses sein, der eine politische Entscheidung umfasst. Zu diesem Prozess gehört es auch, die Richtung der gewünschten Veränderung festzulegen und manchmal auch den angestrebten Zustand (Ziel).

Ergebnisse, Ergebnisindikatoren und Outputindikatoren

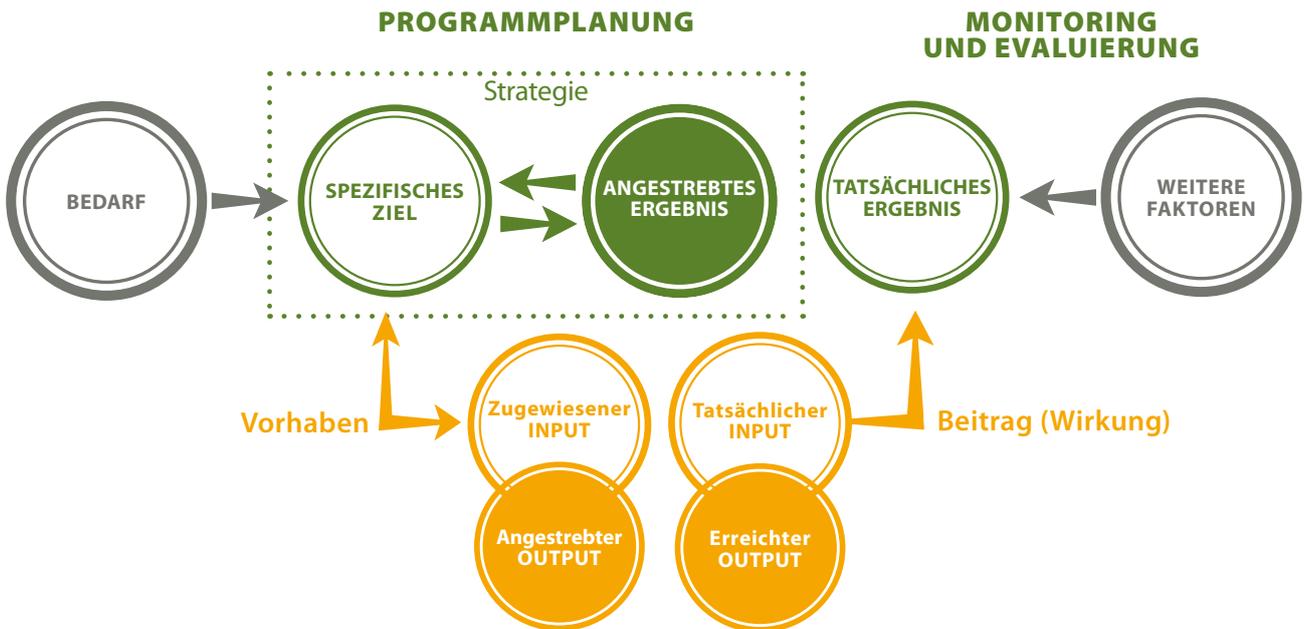
Das bezweckte *Ergebnis* ist das, was mit Hilfe der finanzierten Interventionen geändert werden soll.

Wurde ein solches Ergebnis ausgewählt, sollte ein Indikator zur Messung des Fortschritts festgelegt werden. Die Festlegung klarer Ergebnisindikatoren erleichtert das Verständnis des Problems und der politischen Erfordernisse und ermöglicht eine spätere Beurteilung dahingehend, ob die Ziele erreicht wurden. In diesem Zusammenhang ist es nützlich, Zielwerte für die Ergebnisindikatoren festzulegen.

Sind der Bedarf und ein gewünschtes Ergebnis ermittelt, muss ein politischer Entscheidungsträger entscheiden, welche Faktoren Gegenstand der öffentlichen Maßnahme sein sollen. Diese Faktoren bilden die von den Programmen finanzierten Maßnahmen, die zu entsprechendem *Output* führen. Der *Output* ist das, was mit den Programmen direkt erreicht wird, und soll zu den Ergebnissen beitragen.



Es kann nützlich sein, eine Intervention in einem *logischen Modell (logical framework)* grafisch darzustellen:



Monitoring

Monitoring bedeutet Beobachten. *Monitoring des Outputs* bedeutet das Beobachten, ob die gewünschten physischen Resultate erbracht werden und ob die Durchführung auf dem richtigen Weg ist.

Die kohäsionspolitischen Programme werden im Kontext der Mehrebenen-Governance durchgeführt. Je nach Akteur in diesem System – durchführende Agenturen, Verwaltungsbehörden, nationale und EU-Ebene – muss das Monitoring einen unterschiedlichen Informationsbedarf abdecken. Eine der Aufgaben auf europäischer Ebene ist die Bündelung bestimmter Informationen über alle Programme hinweg, um gegenüber dem Rat, dem Parlament, dem Rechnungshof und den EU-Bürgerinnen und -Bürgern ganz allgemein Rechnung darüber abzulegen, wofür die Ressourcen der Kohäsionspolitik verwendet werden. Dafür gibt es die auf EU-Ebene festgelegten *gemeinsamen Indikatoren*. Diese Indikatoren beziehen sich auf die am häufigsten durch die Struktur- und Kohäsionsfonds unterstützten Maßnahmen.

Beim Monitoring werden darüber hinaus Veränderungen bei den Ergebnisindikatoren beobachtet. Anhand der Verfolgung der Werte der Ergebnisindikatoren kann beurteilt werden, ob sich die Indikatoren in die gewünschte Richtung entwickeln. Tun sie das nicht, so kann dies die Überlegung anstoßen, ob die

Interventionen angemessen und effektiv und die gewählten Ergebnisindikatoren geeignet sind.

Die Werte der Ergebnisindikatoren für die Ausgangslage, d. h. vor der Intervention, als auch für die späteren Zeitpunkte können in manchen Fällen den nationalen oder regionalen Statistiken entnommen werden. In anderen Fällen könnte es sich als notwendig erweisen, Umfragen durchzuführen oder auf Verwaltungsdaten zurückzugreifen, wie Unternehmensregister oder Daten zu Arbeitslosengeldempfängern.

Evaluierung

Veränderungen beim Ergebnisindikator sind auf die Maßnahmen, die durch öffentliche Interventionen – z. B. die Kohäsionsfonds – kofinanziert werden, sowie *andere Faktoren* zurückzuführen. Der Unterschied zwischen der Situation vor und nach der öffentlichen Intervention ist nicht gleichzusetzen mit den Wirkungen der öffentlichen Intervention:

$$\begin{aligned}
 &\text{VERÄNDERUNG IM ERGEBNISINDIKATOR} \\
 &= \\
 &\text{BEITRAG DER INTERVENTION} \\
 &+ \\
 &\text{BEITRAG ANDERER FAKTOREN}
 \end{aligned}$$

Wirkungsevaluierung – Erfassen der Effekte

Bei der Wirkungsevaluierung müssen die Effekte der Intervention vom Beitrag anderer Faktoren abgegrenzt werden; außerdem muss die Funktionsweise des Programms verstanden werden. Es gilt zwei Fragen zu beantworten:

- Hatte die Intervention Wirkungen, und wenn ja, wie groß – positiv oder negativ – waren diese Wirkungen? *Funktioniert es? Gibt es einen Kausalzusammenhang? Dies soll mit kontrafaktischen Wirkungsevaluierungen beantwortet werden.*
- Warum führt eine Intervention zu den gewünschten (und nicht gewünschten) Wirkungen? Gesucht wird also eine Antwort auf die Frage: „*Wie und warum funktioniert es?*“ Dies geschieht mit *theoriebasierten Wirkungsevaluierungen*.

Die Fragen sollten nicht getrennt voneinander behandelt werden. Jede Evaluierung, die auf der Frage „Funktioniert es?“ basiert, muss grundlegende Elemente einer Theorie der Veränderung voraussetzen (Wie? Warum?), um zu ermitteln, welche Veränderungen untersucht und einer Ursache zugeordnet werden sollten. Ähnlich wird bei jeder Evaluierung zur Frage „Warum funktioniert es?“ – eventuell implizit – von einer kontrafaktischen Situation ausgegangen. Im Idealfall *ergänzen sich kontrafaktische und theoriebasierte Ansätze*.

Durchführungsevaluierung – Verwaltungsaspekte

In den Durchführungsevaluierungen wird bewertet, wie ein Programm durchgeführt und verwaltet wird. Typische Fragestellungen sind, ob potenzielle Empfänger von dem Programm wissen und Zugang dazu haben, ob das Antragsverfahren möglichst einfach gehalten ist, ob klare und relevante Projektauswahlkriterien vorhanden sind, ob es ein dokumentiertes Datenverwaltungssystem gibt und ob die Ergebnisse des Programms effizient bekannt gemacht werden. Bislang erfolgten viele, wenn nicht gar die meisten Evaluierungen im Bereich Kohäsionspolitik auf diese Art.

GIBT ES DIE IDEALE EVALUIERUNG, DIE STICHHALTIGE ANTWORTEN GARANTIERT?

Für alle Evaluierungen gilt:

- Sie müssen an die konkreten Fragestellungen, die es zu beantworten gilt, sowie an Thema und Kontext des Programms angepasst sein;
- Wann immer möglich müssen die Evaluierungsfragen von verschiedenen Standpunkten aus und mit unterschiedlichen Methoden behandelt werden. Dies ist der *Grundsatz der Triangulation*;
- Die Kosten für die Evaluierung müssen durch den möglichen Erkenntnisgewinn gerechtfertigt sein. Bei der Entscheidung über eine Evaluierung sind bereits zu der Intervention vorliegende Informationen zu berücksichtigen.

Zusammengefasst: Welche Methoden in welcher Kombination gewählt werden, muss auf Einzelfallbasis entschieden werden. Es stehen verschiedene Methoden zur Verfügung; es gibt nicht „die“ Methode für alle Fälle.

Was ist neu?

Die Erfahrungen mit der Evaluierung aktueller und früherer kohäsionspolitischer Programme zeigen, wie schwierig es ist, am Ende festzustellen, ob Programme erfolgreich waren, wenn nicht eindeutig formuliert wurde, welche Veränderung sie bewirken sollen. Bei vielen Programmen ist klar, wofür Geld ausgegeben werden soll, aber nicht, was als Ergebnis verändert werden soll. Die eingesetzten Indikatoren sind häufig zu zahlreich und spiegeln nicht die bezweckte Veränderung wider. Bei vielen Programmen sind die Ressourcen – entweder geographisch oder thematisch – zu dünn gestreut, wodurch sich die Chance, messbare Ergebnisse zu erzielen, verringert. Ein grundlegender Ausgangspunkt für die neue Ergebnisorientierung ist daher die klare Formulierung von Zielen, eine geringe Anzahl diesen Zielen entsprechender Indikatoren mit verfügbaren Daten zur Ausgangslage sowie ein Plan für die Erhebung von Daten zum Fortschritt sowie für die Wirkungsevaluierung.

Eine weitere erhebliche Veränderung besteht darin, dass sich die Evaluierung stärker auf die *Wirkungen* der Kohäsionspolitik konzentriert. Bislang waren die Evaluierungen eher auf die Durchführung als auf das Erfassen der Wirkungen der Interventionen ausgerichtet.

Pilotprojekte mit Ergebnisindikatoren

Um festzustellen, wie die neue Ergebnisorientierung in der Praxis funktionieren könnte, testeten 12 Verwaltungsbehörden in acht EU-Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Kommission den neuen Ansatz anhand ihrer aktuellen Programme. Daraus resultierten unter anderem die folgenden Erkenntnisse:

- Der neue Ansatz ist *machbar*, jedoch nur mit einer deutlich veränderten Verfahrensweise der Personen, die die Programme konzipieren;
 - Keine der Pilotregionen verwendet derzeit Ergebnisindikatoren in der durch die EU-Kommission vorgeschlagenen Weise. Die Ziele der untersuchten Prioritäten waren sehr allgemein formuliert und in den meisten Fällen *erfassen die derzeitigen Indikatoren nicht die bezweckten Wirkungen* der Programme;
 - Die Ergebnisorientierung muss bereits Bestandteil der Programmentwicklung sein; sie kann nicht nachträglich hinzugefügt werden;
 - Die wichtigste notwendige Veränderung ist die *Schwerpunktbildung*. Viele der untersuchten Prioritäten waren eigentlich eine Mischung aus mehr oder weniger zusammengehörigen zweitrangigen Prioritäten, die nicht in einem einzigen oder auch zwei Ergebnisindikatoren ausgedrückt werden konnten;
 - Die Schwerpunktbildung muss das Ergebnis eines Prozesses aus *Abwägungen und politischen Entscheidungen* sein. Dies zeigt, wie wichtig die politische Debatte bei den Entscheidungen ist, die Triebfeder für die Programmkonzeption sein sollten, und wie wichtig es ist, möglichst schnell mit diesem Prozess zu beginnen;
 - Bei einer Schwerpunktbildung gibt es *weniger Indikatoren*. In einigen Pilotregionen gab es sehr viele Indikatoren, doch keiner erfasste die Beweggründe für die politische Maßnahme;
 - Welcher Ergebnisindikator auch gewählt wird, *Daten zur Ausgangslage und Zielwerte sind eine wesentliche Voraussetzung*. Sie können *quantitativer oder qualitativer Art* sein;
- In einigen Fällen (z. B. umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen) ist eine *kontrafaktische Wirkungsevaluierung* möglich, bei der die Entwicklung unterstützter Unternehmen mit derjenigen ähnlicher Unternehmen ohne Unterstützung verglichen wird. In anderen Fällen sind *theoriebasierte Wirkungsevaluierungen* mit Fallstudien, Interviews und Fokusgruppen geeigneter. Im Verkehrssektor können *Vorher-Nachher-Daten* zu Verkehrszählungen und Verkehrsarten die Wirkung erfassen;
 - Schließlich darf man nicht vergessen, dass *Indikatoren nicht 100%ig aussagekräftig sind*. Die Entwicklung des Ergebnisindikators sollte Anlass für eine Debatte sein; der Indikator ermöglicht kein endgültiges Urteil über den Erfolg der Maßnahme.

Auf den Seiten 9-11 dieser *Panorama*-Ausgabe finden Sie Interviews mit einigen der Pilotregionen.

MEHR DAZU

Anleitungsdokumente:

http://ec.europa.eu/regional_policy/information/evaluations/guidance_de.cfm#2



DER LEISTUNGSRAHMEN – WAS IST DAS?

Die vorgeschlagene Verordnung ⁽¹⁾ für 2014-2020 sieht als Teil der stärkeren Ergebnisorientierung der Kohäsionspolitik einen „Leistungsrahmen“ vor. Dahinter steckt die Idee, für jedes Programm einige wichtige Etappenziele festzulegen, die von den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission streng überwacht werden. Werden die Etappenziele erreicht, kann dies finanzielle Konsequenzen haben, sowohl positive als auch negative. Die Etappenziele werden für 2016, 2018 und 2022 festgesetzt; es kann sich dabei um Umsetzungsschritte, wie Ausschreibungen, sowie um Finanz- und Outputindikatoren handeln.

Nach den Vorschlägen der Kommission werden die Mitgliedstaaten und die Kommission anhand der jährlichen Berichte zu den Programmen überprüfen, welche Fortschritte beim Erreichen der Etappenziele gemacht werden. Sind nur langsame Fortschritte zu verzeichnen, kann die Kommission Empfehlungen abgeben.

Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden 2017 eine erste formelle Überprüfung durchführen, um festzustellen, ob Programmteile hinter den Etappenzielen zurückliegen. Auch in diesem Fall kann die Kommission Empfehlungen abgeben. Die Mitgliedstaaten sollten dann reagieren, um die Umsetzung zu beschleunigen oder Finanzmittel in eine andere Richtung zu lenken.

(1) Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen, Artikel 18-20.

Nach der Überprüfung von 2019 wird die Kommission die leistungsgebundene Reserve zuweisen. Die leistungsgebundene Reserve beträgt 5% (je Mitgliedstaat, Regionenkategorie und Fonds), die nicht am Anfang des Programmzeitraums einem Programm zugewiesen werden. Die Mitgliedstaaten werden der Kommission vorschlagen, welche erfolgreichen Prioritäten die Reserve erhalten sollten. Die Reserve kann nur solchen Prioritäten zugeteilt werden, die ihre Etappenziele erreicht haben.

Die Kommission hat außerdem die Möglichkeit, eine Priorität ganz oder teilweise auszusetzen, wenn aus der Leistungsüberprüfung 2019 klar ersichtlich ist, dass eine Priorität die Etappenziele nicht erreicht hat. Die Zahlungen werden jedoch nicht automatisch ausgesetzt, nur weil die Etappenziele nicht erreicht wurden. Die Kommission wird die Zahlungen nur dann aussetzen, wenn der Mitgliedstaat es versäumt hat, rechtzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Eine letzte Maßnahme sind Finanzkorrekturen. Diese können jedoch nur angewandt werden, wenn bei Abschluss des Programms festgestellt wird, dass die festgelegten Ziele deutlich verfehlt wurden. Bei der Entscheidung, ob die Ziele deutlich verfehlt wurden, wird berücksichtigt werden, ob die unzureichende Leistung auf unvermeidbare Umstände oder bedeutende unvorhersehbare äußere Faktoren zurückzuführen ist und ob der betroffene Mitgliedstaat Gegenmaßnahmen eingeleitet hat. Die Kommission wird die diesbezüglichen Details in einem Durchführungsrechtsakt festlegen.



DER NEUE ANSATZ IM TEST – ERGEBNISSE IN DER PRAXIS

Der verstärkt ergebnisorientierte Ansatz der Kohäsionspolitik 2014-2020 macht einige strategische Veränderungen auf operationeller Basis erforderlich. Für jedes Programm werden Ergebnisindikatoren festgesetzt und überwacht. Um den neuen Ansatz in der Praxis zu testen, hat die Europäische Kommission eine repräsentative Anzahl von Regionen eingeladen, an einem Pilotprogramm teilzunehmen. Panorama hat mit einigen Teilnehmern über die praktischen Herausforderungen dieses neuen ergebnisorientierten Ansatzes gesprochen.

BALÁZS PICHLER, NATIONALE AGENTUR FÜR ENTWICKLUNG, UNGARN

Aus meiner Sicht besteht in Ungarn die größte Herausforderung eindeutig in der Konzentration unserer Ressourcen und Mittel auf eine begrenzte Anzahl von Themen, bei denen wir eine Veränderung und letztendlich Ergebnisse erzielen möchten.

Dies bedeutet unweigerlich, dass wir die derzeitige Kohäsionspolitik, die sich stark auf die Mittelabrufung und darauf, dass alle verfügbaren Finanzmittel verwendet werden, konzentriert, hinter uns lassen müssen. Dieser Ansatz hat zur Folge, dass die Mittel im aktuellen Programmzeitraum für viele unterschiedliche Interventionen eingesetzt werden und die Ergebnisse der Kohäsionspolitik manchmal nur schwer messbar sind.

Konzentrieren wir unsere Mittel auf eine begrenzte Anzahl von Veränderungen, die wir umsetzen möchten, schaffen wir dadurch zahlreiche Herausforderungen. Erstens müssen die Veränderungen und Ergebnisse, die wir von der Kohäsionspolitik erwarten, einem breiten Konsens der Interessenvertreter gerecht werden, da die Kohäsionspolitik in Zukunft einige Entwicklungsbedürfnisse nicht erfüllen wird, was wiederum zu Unzufriedenheit führen kann.

Zweitens muss die Vorbereitung auf den nächsten Programmzeitraum frühzeitig beginnen, um diesen breiten Konsens gewährleisten zu können.

Die größte Herausforderung wird vielleicht sein, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ehrgeizigen und realistischen Veränderungen zu finden.

Beteiligung der Interessenvertreter

Der neue ergebnisorientierte Ansatz erfordert zweifellos eine stärkere Beteiligung der Interessenvertreter. Um diesen Prozess anzustoßen, planen wir, das Pilotprojekt mit Beteiligung der Europäischen Kommission fortzusetzen. Wir haben vor, für jede Verwaltungsbehörde in Ungarn eine eintägige Pilotmaßnahme zu organisieren.

Abgesehen von der Festlegung der richtigen Veränderungen und Ergebnisse, die wir erzielen möchten, ist die größte Herausforderung des neuen Ansatzes die Frage, wie wir den Beitrag, den die Kohäsionspolitik leistet, messen wollen.

Zuverlässige Ergebnisindikatoren

In einem ersten Schritt werden wir zuverlässige und stabile Ergebnisindikatoren auswählen müssen, die mit unseren Maßnahmen eng genug in Verbindung stehen und die Veränderungen, die wir erzielen möchten, messen können.

Es wird jedoch immer externe Faktoren geben, welche die Ergebnisse dieser Indikatoren beeinflussen. Deshalb müssen wir von Anfang an festlegen, wie wir die Effekte dieser externen Faktoren von der allgemeinen Wirkung der Maßnahmen abkoppeln und den Beitrag der Kohäsionspolitik klar bestimmen möchten. Dies erfordert eine frühzeitige Planung und enge Zusammenarbeit zwischen Programmplanung, Monitoring und Evaluierung.





MAURO TERZONI, REGIONALRAT DER REGION MARCHE,
ANCONA, ITALIEN

Meiner Meinung nach handelt es sich bei dem neuen Ansatz nicht um einen dramatischen Wandel der Kohäsionspolitik, sondern eher um eine intelligente Feinabstimmung. Tatsächlich befassen wir uns schon seit beinahe 30 Jahren mit Indikatoren, Zielen, Ergebnissen, Auswirkungen, Evaluierungen etc. Wir treten nun in eine neue Phase ein, in der die Ergebnisse zählen und wir auf die erprobten Verfahren der Vergangenheit aufbauen können.

Ich sehe dies eher als eine Änderung der „Geisteshaltung“. Wir müssen uns angewöhnen, erst darüber nachzudenken, wie und was wir in unserer Region verändern wollen – und was machbar ist – anstatt uns nur auf Mechanismen und Verfahren zu konzentrieren. Das ist die größte Herausforderung.

Interessenvertreter an Bord holen

Von den Anfängen der Kohäsionspolitik an hat unsere Region von einer starken Zusammenarbeit sozioökonomischer Interessenvertreter profitiert. Städte, Provinzen, soziale und wirtschaftliche Akteure und verschiedene andere Interessenvertreter – alle sind an den unterschiedlichen Phasen des Programmzeitraums beteiligt, nicht nur die Verwaltungsbehörde, sondern alle regionalen Einrichtungen, die mit der Programmumsetzung befasst sind.

Die neue Herausforderung besteht darin, dass wir eine fokussiertere Politik benötigen, wie auch die thematischen Prioritäten und die Festlegung von Zielen andeuten. In meinen Augen muss eine solch klare Festsetzung von Ergebnissen mit einer stärkeren Einbindung der Interessenvertreter einhergehen und klare Ziele können nur festgelegt werden, wenn die Strategie eindeutig definiert ist. In diesem Prozess ist es für alle Interessenvertreter leichter, zu verstehen, welche ihrer Interessen betroffen sind und wie. Legt man die Ziele fest, hebt man die Größenordnung der Ergebnisse, die man erzielen will, stärker hervor.

Ein ergebnisorientiertes Programm erfordert eine stärkere Partnerschaft, denn nun wird nicht nur die Effizienz der Verwaltung gemessen, sondern auch die Kapazität unserer *Region Marche* insgesamt.

Eine unserer Maßnahmen wird sein, die in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse transparent zu machen. Wir haben einen Evaluierungsplan erstellt, der zu Beginn der Programme ausgeführt werden soll. So können Partner und Interessenvertreter

verstehen, was wir in der Vergangenheit unternommen haben, was machbar ist, welche Schwierigkeiten wir festgestellt haben; dadurch erhalten sie einen wertvollen Einblick in vergangene Erfahrungen und können so ihre zukünftigen Vorschläge und Empfehlungen besser abstimmen.

Außerdem müssen zukünftige Aktivitäten frühzeitig geplant werden. Dies ist nicht nur erforderlich, um die *Ex-ante*-Konditionalität einzuhalten, sondern auch, um sicherzustellen, dass genug Zeit vorhanden ist, damit Interessenvertreter und Partner helfen können, die Strategie aufzubauen.

Die größten Herausforderungen

In der Verwaltung wird es in Zukunft – anders als in der Vergangenheit – weniger um Prozesse gehen, sondern mehr um Ergebnisse, weniger um das Ausgeben der Finanzmittel, sondern darum, wie sie ausgegeben werden. In Zukunft wird der Fokus der Verwaltungsbehörden weniger auf Kontrollen und Überprüfungen liegen, sondern auf der Qualität/Quantität der Programmauswirkungen.

Um die Programmergebnisse korrekt bewerten zu können, benötigen wir Evaluierungs-/Monitoringsysteme, die den Mehrwert der finanzierten Interventionen erfassen können. Dies erfordert bessere Statistiken (Stichwort Indikatoren), welche die Ausgangslage und die Ziele berücksichtigen, sodass die „Veränderung“ gemessen werden kann.

Die Auswirkungen einer Politik zu messen, bedeutet, die Politik in die Verantwortung zu nehmen, außerdem werden politische Maßnahmen so vergleichbar. Dadurch wird das Festlegen eines ergebnisorientierten Programms womöglich zu einer noch heikleren und sensibleren Angelegenheit.





CHRISTIAN LINDELL, REGION SKÅNE, SCHWEDEN

Aus unserer Sicht in der Region Skåne in Schweden besteht eine der Herausforderungen darin, die Ziele für die Interventionsbereiche tatsächlich festzulegen, besonders wenn wir die unmittelbaren Auswirkungen auf die Anzahl der Unternehmen oder die Beschäftigung nicht messen können.

Man sollte auch berücksichtigen, dass die wichtigen Auswirkungen nicht immer am besten durch Indikatoren gemessen werden können. Fortlaufende Evaluierungen und Fallstudien sind hier oft besser geeignet.

Wir haben uns in der Vergangenheit wahrscheinlich zu sehr auf die Messbarkeit der Gesamtwirkung auf die Makroökonomie verlassen. Wir müssen uns bewusst werden, dass wir nicht notwendigerweise neue Arbeitsplätze oder Unternehmen schaffen. In Wirklichkeit schaffen wir Strukturen und Netzwerke, die das Wachstum fördern. Versteht man dies, kann man sich leichter auf die Schlüsselfaktoren konzentrieren, nämlich das Messen der Anzahl der Verbindungen in den Netzwerken und die Nutzung von Umfragen, um herauszufinden, wie die Teilnehmer die Nützlichkeit dieser Verbindungen bewerten.

Interessenvertreter an Bord holen

Ich glaube, dass die Projektträger und wir, die in der Praxis mit dem aktuellen Indikatorsystem zurechtkommen müssen, einen neuen Ansatz hinsichtlich der Indikatoren begeistert und erleichtert begrüßen würden. Wir werden nicht länger versuchen müssen, Dinge zu messen, bei denen sich die meisten Menschen einig sind, dass sie nur schwer, wenn überhaupt, messbar sind.

Dennoch werden wir weiterhin Wege finden müssen, berechnete Fragen unserer Politiker zu den Auswirkungen ihrer Maßnahmen zu beantworten. Wir müssen unseren Politikern andere Informationsquellen als Indikatoren zur Beantwortung ihrer Fragen nach den Auswirkungen der Programme bieten. In unserer Region haben wir schon in der Vergangenheit intensiv die fortlaufende Evaluierung als Möglichkeit genutzt, diese Informationen darzustellen.

Neue Herausforderungen

Wollen wir die Indikatorstruktur verändern, benötigen wir ein stärkeres Gefühl der politischen Eigenverantwortung und es muss akzeptiert werden, dass bestimmte Dinge einfach nicht mit Indikatoren messbar sind, sondern mit anderen Instrumenten, wie Fallstudien und fortlaufenden Evaluierungen, ermittelt werden müssen.

Dies erfordert auch, dass die Entwickler und Sponsoren von Projekten überzeugender erklären können, dass die Auswirkungen letztendlich zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen werden, auch wenn die Auswirkungen eines einzelnen Beitrags nur schwer messbar sind.

Viele Projekte haben das Ziel, Netzwerke und neue Strukturen für die Zusammenarbeit aufzubauen und auch wenn wir die Auswirkungen nicht direkt in neuen Unternehmen und Arbeitsplätzen beziffern können, müssen wir doch eine Analyse durchführen, mit der wir zeigen können, dass ein bestimmtes Projekt solche positiven Effekte haben wird. Wir müssen auch erreichen, dass akzeptiert wird, dass die Programme in Nordeuropa im Vergleich zum BIP klein sind und sich deshalb die Auswirkungen auf die Makroökonomie kaum messen lassen.

Außerdem müssen wir bedenken, dass die Bedingungen in verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich sein können, was bei der Wahl der Herausforderungen und Indikatoren als Richtschnur dienen sollte. Da so vieles in unserer Welt einfach nicht vorhersehbar ist, glaube ich, dass die Regionen mehr daran interessiert wären, stärker fokussierte Programme zu entwickeln, wenn diese flexibler und leichter abzuändern wären.



HAUPTINDIKATOREN: HILFSMITTEL ZUR ABBILDUNG DES FORTSCHRITTS IN UNSEREN REGIONEN

Im Rahmen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union werden Hunderte Programme und Projekte umgesetzt. Damit die Kommission über die wichtigsten Leistungen und Etappenziele auf dem Laufenden bleibt, kommt in den Programmen der Kohäsionspolitik eine Reihe sogenannter „Hauptindikatoren“ zum Einsatz. Diese Indikatoren liefern nahezu Echtzeitinformationen, die wichtige Aussagen in der Regionalpolitik unterfüttern und den Fortschritt bei der Umsetzung von Zielen anzeigen.

Die Kohäsionspolitik ist eine dezentralisierte Politik. Die EU-Mitgliedstaaten und die Regionen entscheiden, was ihre Ziele sind, arbeiten die operationellen Programme aus, um diese Ziele umzusetzen, verhandeln mit der Europäischen Kommission und setzen die Programme um. So wird sichergestellt, dass die Kohäsionspolitik im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip der Union das umsetzt, was die Menschen in einer bestimmten Region benötigen.

Die Hunderte Programme enthalten eine Vielzahl an Maßnahmen. Dies ist eine der wesentlichen Stärken der Kohäsionspolitik, aber die Kommission findet sich dadurch auch in einer Situation wieder, in der es auf die Frage „Was leistet die Kohäsionspolitik?“ keine einfache Antwort gibt. Es ist praktisch unmöglich, alle Ergebnisse aufzulisten, welche die Programme erzielen, da jedes Programm den Bedarf der jeweiligen Region anders angeht.

Aus diesem Grund hat die Kommission 2006 gemeinsame Indikatoren – oder „Hauptindikatoren“ – in die Kohäsionspolitik eingeführt, die einige der üblicheren Vorhaben messen. Auch wenn diese Indikatoren nicht alles erfassen können, erlauben sie der EU-Kommission – und allen Interessierten – doch, über einige der wichtigsten Leistungen in den EU-Regionen auf dem Laufenden zu bleiben.

Zwar ist die Anwendung der Hauptindikatoren nicht verpflichtend, doch die meisten operationellen Programme nutzen sie in ihren jährlichen Berichten. Wir wissen zum Beispiel, dass die aktuelle Programmgeneration bis Ende 2010 185 000 Arbeitsplätze geschaffen sowie über 850 000 Menschen zu einem Breitbandinternetzugang und weiteren 3,5 Millionen Menschen zu einem Anschluss an ein Abwasseraufbereitungssystem verholfen hat.

Die Qualität und Zuverlässigkeit der Berichterstattung mithilfe von Hauptindikatoren steigt von Jahr zu Jahr. Dies ist von entscheidender Bedeutung, da die Hauptindikatoren in den Vorschriften, die in der zukünftigen Kohäsionspolitik gelten werden, eine wichtige Rolle spielen werden. In Zukunft kann die Kommission dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rechnungshof und der Öffentlichkeit jährlich Bericht darüber erstatten, was mit den Ressourcen der Kohäsionspolitik erreicht wurde, und die Diskussion über die Ergebnisse der Kohäsionspolitik mit Fakten unterstützen.

MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/2007/working/wd7_indicators_de.pdf



INNOVATION IN DEN REGIONEN IN ÄUSSERSTER RANDLAGE

Die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums hängt immer mehr von der Wandlungs- und Innovationsfähigkeit einer regionalen Wirtschaft ab. Obwohl sie zahlreiche Nachteile hinnehmen müssen, die z. B. mit ihrer Entfernung vom europäischen Festland, der geringen Größe ihrer Märkte oder dem Fehlen einer kritischen Masse zusammenhängen, haben die meisten der acht europäischen Regionen in äußerster Randlage die Ausweitung ihrer Wirtschaftstätigkeit durch eine Anregung der Privatwirtschaft zur Priorität erklärt, um mehr Produkte und Dienstleistungen mit einem hohen Mehrwert zu schaffen.

Viele innovative Projekte, die derzeit umgesetzt werden, beweisen, dass die Regionen in äußerster Randlage über große Stärken und viel Potenzial in Forschung und Innovation verfügen, die auf ihrer speziellen geografischen Lage und ihren morphologischen Merkmalen beruhen. Besonders in den folgenden Bereichen wird hervorragende Arbeit geleistet:

- Erneuerbare Energien;
- Meeresforschung;
- Tropenmedizin;
- Biodiversität.

Gemäß Artikel 349 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) in seiner durch den Beschluss des Europäischen Rats vom 29. Oktober 2010 zur Änderung des Status der Insel Saint-Barthélemy gegenüber der Europäischen Union geänderten Fassung gibt es in der EU acht „Regionen in äußerster Randlage“: die vier französischen Übersee-Departments und -Regionen (Guadeloupe, Französisch Guyana, Martinique und Réunion), eine Überseekörperschaft (St. Martin), zwei portugiesische autonome Regionen (die Azoren und Madeira) und eine spanische Autonome Gemeinschaft (Kanarische Inseln). Seit 1. Januar 2012 gilt Saint-Barthélemy nicht mehr als Region in äußerster Randlage, sondern ist nun eines der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete (ÜLG). Zu guter Letzt ist noch erwähnenswert, dass Frankreich gemäß Artikel 355 (6) des AEUV am 26. Oktober 2011 gegenüber dem Europäischen Rat beantragt hat, den EU-Status von Mayotte, das derzeit als ÜLG eingestuft ist, zu ändern und es ab Januar 2014 zu einer Region in äußerster Randlage zu erklären.

In einigen Bereichen besteht jedoch noch Entwicklungspotenzial, z. B.:

- Landwirtschaftliche und Lebensmittelforschung;
- Minderung der Auswirkungen des Klimawandels;
- Astrophysik und Luft- und Raumfahrt;
- Vulkanologie und Seismologie.

Das dauerhafte Ziel regionaler und nationaler Regierungen sowie der EU muss eine effektive Nutzung der verfügbaren Finanzmittel zur Unterstützung von Maßnahmen in den Bereichen Forschung, technologische Entwicklung und Innovation (FTEI) sein. Diese Investitionen bringen wirtschaftliche, soziale und Umweltschutzz Vorteile, die nicht nur für die betroffenen Regionen selbst wichtig sind, sondern für die EU als Ganzes. Auf Martinique, den Azoren und Réunion wurden mehrere Konferenzen und Seminare abgehalten, die eine echte Dynamik und echtes Interesse der Beteiligten an Unterstützung und einer besseren Nutzung der europäischen Mittel offenbart haben, um die Investitionen in Forschung und Innovation zu steigern.

Für die Innovationspolitik kann es niemals eine „Einheitsgröße“ geben: Die regionale Vielfalt ist eine Stärke, die nach unterschiedlichen Wegen zum Wachstum durch „intelligente Spezialisierung“ verlangt. Wollen die Regionen in äußerster Randlage Erfolg haben, müssen sie ihre ureigene Mischung ihrer Stärken, endogenen Vorteile, Fähigkeiten und Ideen schaffen, um auf dem internationalen Markt zu bestehen und ihr ungenutztes Potenzial zu entwickeln.

PROJEKTBEISPIELE



ERNEUERBARE ENERGIEN

Kanarische Inseln – El Hierro 100 %

Dieses Projekt besteht aus drei unterschiedlichen Programmen, die entwickelt und umgesetzt werden:

1. 100% erneuerbare Energiequellen für das Energieversorgungsprogramm
2. Energiesparprogramm
3. Transportprogramm (Umstieg von fossilen Brennstoffen auf saubere Transportmittel)

Das Projekt soll in seiner ersten Phase zwischen 70 und 80 % des Strombedarfs der Insel durch verschiedene Maßnahmen abdecken. Die innovativste Maßnahme wird der Bau eines Windwasserkraftwerks sein, das einen Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung von 30 % erreichen soll.

Projektdauer: 2003 – laufend
Gesamtkosten: 64 600 000 EUR
EU-Mittel: 500 000 EUR

MEHR DAZU

www.goronadelviento.es/index.php



BIODIVERSITÄT UND KLIMAWANDEL

Madeira – Abfallbehandlungsanlage

Gemäß der regionalen Abfallwirtschaftsstrategie der Insel umfasst dieses Projekt für eine Abfallbehandlungsanlage für Festabfälle den Aufbau der erforderlichen Infrastruktur und Ausrüstung für eine angemessene Integration und Optimierung der Aktivitäten rund um das Sammeln, den Transport, die Getrennsammlung und das Recycling, die Verwertung, Behandlung und letztendliche Entsorgung von Müll.

Projektdauer: 1996-2009
Gesamtkosten: 152 576 EUR
EU-Mittel: 102 081 EUR

MEHR DAZU

www.valorambiente.pt/etrs-meia-serra



INNOVATION/UMSTELLUNG DER LANDWIRTSCHAFT

Martinique – FIBandCO

Durch FIBandCO erhalten die Bananenstauden von Plantagen ein zweites Leben. Durch eine innovative Technik und einen umweltfreundlichen Prozess wird ein natürliches Furnierholz hergestellt. FIBandCO verwendet eine ungenutzte, schnell nachwachsende Ressource und vermeidet dabei die Abholzung von Wäldern. FIBandCOs Produkte gelten als ästhetisch, einzigartig und nachhaltig.

Projektdauer: 2010-2012
Gesamtkosten: 1 211 000 EUR
EU-Mittel: 500 499 EUR

MEHR DAZU

www.fibandco.com

INTELLIGENTE SPEZIALISIERUNG

Die Regionen in äußerster Randlage haben mit der Ausarbeitung ihrer regionalen Innovationsstrategien begonnen und beteiligen sich aktiv am Forum für intelligente Spezialisierung (S³-Plattform). Mit Unterstützung des Instituts für technologische Zukunftsforschung (IPTS) wird im Juni 2012 auf den Azoren ein Seminar zum Thema intelligente Spezialisierung stattfinden. Auf dieser Veranstaltung werden alle Interessierten Gelegenheit zum Gedankenaustausch über diese Strategien haben und die besten Entscheidungen auf regionaler Ebene treffen können.

Bei der S³-Plattform handelt es sich um ein Netzwerk von Vertretern der europäischen Regionen und von Experten, das Regionen dabei unterstützen soll, Strategien für intelligente Spezialisierung zu entwickeln, umzusetzen und zu überprüfen. Intelligente Spezialisierung ist ein wichtiges politisches Grundprinzip und Konzept der Innovationspolitik. Zunächst beruht sie auf einer soliden Analyse der Stärken jeder Region (beeindruckende Quellen für Biodiversität, erneuerbare Energien, Meeresressourcen etc.). Weiter unterstützt sie Länder und Regionen dabei, durch die Konzentration der knappen menschlichen und finanziellen Ressourcen auf wenige spezifische, vielversprechende Bereiche, die einen weltweiten Wettbewerbsvorteil bieten, ihre Innovationsfähigkeit zu stärken. Das übergeordnete Ziel ist die Förderung einer effizienten und effektiven Nutzung öffentlicher Investitionen, die Synergien nutzt und auf innovatives Wachstum ausgerichtet ist. Dies soll durch den Aufbau mehrjähriger Strategien erreicht werden, die von einem Expertenteam überwacht und beratend begleitet werden, sodass gute Praktiken zwischen den Regionen ausgetauscht werden können.

Die Regionen in äußerster Randlage gehören zu den ersten EU-Regionen, die sich in diesem neuen wirtschaftlichen Konzept eine regionale Innovationsstrategie geben. Sie haben so die Chance, ihr politisches Engagement und ihre Begeisterung für die Förderung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum durch die Erschließung ihrer Stärken und regionalen Innovationsfähigkeit zu demonstrieren.

Dieses Engagement wird ohne Zweifel zur Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit beitragen, Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger dieser Regionen steigern. Natürlich muss diese Neuausrichtung auf Innovation mit einem Wandel zu einer wirtschaftlichen Kultur einhergehen, in der effiziente Innovationssysteme das intellektuelle und unternehmerische Potenzial mobilisieren, das notwendig ist, um ein innovationsfreundliches wirtschaftliches Umfeld ganz besonders für KMU zu schaffen, nicht nur in der Hightechindustrie, sondern in allen Branchen.

DAS ZWEITE FORUM DER REGIONEN IN ÄUSSERSTER RANDLAGE

findet am 2. und 3. Juli 2012 in Brüssel statt.

Das erste Forum im Jahr 2010 zog über 500 Teilnehmer an. Anwesend waren Vertreter der Regionen in äußerster Randlage, regionale, nationale und europäische Politiker sowie wichtige Akteure der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Privatwirtschaft.

Das zweite Forum verfolgt dasselbe Ziel und findet zu einer Zeit statt, in der in mehreren Bereichen, die einen deutlichen Einfluss auf die Regionen in äußerster Randlage haben, über Vorschläge für die zukünftige EU-Politik diskutiert wird. Es folgt außerdem zeitnah auf eine Mitteilung der Europäischen Kommission zur zukünftigen Strategie für die Regionen in äußerster Randlage, die im Juni 2012 verabschiedet werden wird.

Die Diskussion wird sich auf die wichtigsten Punkte für die Entwicklung der acht EU-Regionen in äußerster Randlage im Rahmen der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum konzentrieren. Das Forum wird allen Interessierten Gelegenheit zum Gedankenaustausch zu Themen wie dem Potenzial für „blaues Wachstum“ (eine langfristige Strategie zur Unterstützung des Wachstums in den maritimen Wirtschaftszweigen), der Modernisierung der Landwirtschaft, Herausforderungen im Umweltschutz, gesellschaftlichen Problemen, Beschäftigung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit geben.

Weitere Informationen erhalten Sie auf:

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/rup2012/index_en.cfm

MEHR DAZU

<http://s3platform.jrc.ec.europa.eu/home>

DÄNISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT: EU2012.DK



„Für die dänische Ratspräsidentschaft ist eine der wichtigsten Herausforderungen die Konsolidierung der finanziellen Situation bei gleichzeitiger Schaffung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen.“

Im ersten Halbjahr 2012 führt Dänemark den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Stefan Emanoil Ilcus, Erster Sekretär der dänischen Vertretung bei der EU und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Strukturmaßnahmen beschreibt die Prioritäten der dänischen Ratspräsidentschaft im Hinblick auf die Kohäsionspolitik Europa erlebt im Moment schwierige Zeiten.

Welche sind die wichtigsten Prioritäten der dänischen Ratspräsidentschaft und was wird unternommen, um das Vertrauen in die Märkte wiederherzustellen und das Wirtschaftswachstum wieder anzuregen?

Die dänische Ratspräsidentschaft verfolgt vier übergeordnete Prioritäten: Sicherstellung (1) eines verantwortlichen Europas, (2) eines dynamischen Europas, (3) eines grünen Europas und (4) eines sicheren Europas. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist die Konsolidierung der finanziellen Situation bei gleichzeitiger Schaffung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen. Voraussetzung für die Konsolidierung ist eine verbesserte makroökonomische Koordination in der EU, wobei die Volkswirtschaften aller Mitgliedstaaten besser überwacht werden und alle Mitgliedstaaten nationale Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie nationale Reformprogramme erarbeiten. Darüber hinaus arbeitet die dänische Ratspräsidentschaft daran, die Koordination für die Länder des Euro-Raums sowie die Regulierung der Finanzmärkte weiter zu verbessern, um die Risiken einer neuen Krise zu minimieren. Wachstum und Beschäftigung werden durch Strukturreformen in den Mitgliedstaaten, ein neues Siebenjahresbudget zur Unterstützung von Wachstum und Arbeitsplatzschaffung und eine Neubelebung des Binnenmarkts einschließlich der Schaffung eines digitalen Binnenmarkts neu angeregt.

Welche Prioritäten verfolgt die dänische Ratspräsidentschaft in der Kohäsionspolitik?

Trotz der Wirtschaftskrise sollten wir nicht vergessen, dass die Kohäsionspolitik eine der großen Erfolgsgeschichten der europäischen Integration und Solidarität ist. Sie hat bei der Schaffung von Konvergenz zwischen den verschiedenen EU-Regionen und -Staaten eine wichtige Rolle gespielt – und tut dies weiterhin. Die dänische Ratspräsidentschaft sieht in dieser Politik ein wichtiges Element in Europas Vorbereitung auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Unsere Arbeit muss deshalb in dieselbe Richtung zielen: Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, des Wachstums und der Beschäftigung pro ausgegebenem Euro und Sicherstellung, dass die Kohäsionspolitik dieser Aufgabe nachkommt.

Die Kohäsionspolitik *muss* fokussiert und ergebnisorientiert sein. Dies gilt auch für den Verhandlungsprozess und wir beabsichtigen, die Verhandlungen so weit wie möglich voranzutreiben. Das Gesetzgebungspaket für die Kohäsionspolitik ist sehr umfangreich und wir beabsichtigen, den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und die Verordnung zur Kohäsionspolitik parallel voranzutreiben, auch wenn das Gesetzgebungsvorhaben zur Kohäsionspolitik erst nach einer endgültigen Entscheidung des Rats über den MFR abgeschlossen werden kann.

Tatsächlich steht der MFR auf der Tagesordnung von fünf der sechs Ratstagungen zu allgemeinen Angelegenheiten während der dänischen Ratspräsidentschaft, was deutlich zeigt, wie wichtig es ist, diese Verhandlungen voranzutreiben.

„Trotz der Wirtschaftskrise sollten wir nicht vergessen, dass die Kohäsionspolitik eine der großen Erfolgsgeschichten der europäischen Integration und Solidarität ist.“

Die Verhandlungen zum Gesetzgebungspaket zur Kohäsionspolitik nach 2014 sind ein vielschichtiger Prozess, an dem eine Vielzahl von Akteuren beteiligt ist. Wie beabsichtigen Sie, den Prozess voranzutreiben und Kompromisse zu erzielen? Welche Elemente des Pakets sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig?

Wir sollten uns von einigen der neuen Konzepte in den Vorschlägen der Kommission nicht überwältigen lassen – von der Ex-ante-Konditionalität, dem Leistungsrahmen und der thematischen Konzentration – ganz zu schweigen von der strategischen Programmplanung, Verwaltung und Kontrolle sowie der Finanzverwaltung. Dies sind natürlich alles wichtige Elemente. Hinter den vorgeschlagenen Änderungen steckt Methode und ich bin zuversichtlich, dass wir praktische Lösungen und zielgerichtete Verbesserungen hinsichtlich dieses auf den ersten Blick komplexen Vorschlags erreichen können. Letztendlich haben Konzentration und Ergebnisorientiertheit noch niemals geschadet.

Zusammen mit der vorhergehenden polnischen und der nachfolgenden zyprischen Ratspräsidentschaft haben wir die Verhandlungen in mehrere Themenblöcke eingeteilt. Während der ersten Monate der Präsidentschaft haben wir eine

Reihe dieser Themenblöcke besprochen, z. B. Vereinfachung, Verwaltung und Kontrolle, Großprojekte, einnahmenschaffende Vorhaben, strategische Programmplanung und thematische Konzentration. Diese Vorgehensweise hat sich als sehr effizient erwiesen. Letztendlich können wir jedoch nur den Fortschritt erzielen, den die nationalen Delegationen bereit sind, umzusetzen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern dieses Präsidentschaftstrios, nämlich Polen und Zypern?

Die Zusammenarbeit ist sehr eng und basiert auf einem konstruktiven Ansatz und enger Abstimmung. Dies war ein wichtiger Punkt beim reibungslosen Übergang zwischen der polnischen und dänischen Ratspräsidentschaft, der sich ohne ein Stocken der Verhandlungen vollzog. Wenn Zypern am 1. Juli die Präsidentschaft übernimmt, wird dies hoffentlich genauso gut funktionieren. Zu diesem Zeitpunkt dürften die Verhandlungen bereits ziemlich weit fortgeschritten sein und es wäre dann entscheidend, dass sie nicht ins Stocken geraten.

Welche Pläne haben Sie für die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament?

Da die Kohäsionspolitik dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterliegt, wird der Rat sehr eng mit dem Parlament zusammenarbeiten müssen. Wir haben im Rat eine solide Herangehensweise gewählt, mit konzentrierten Arbeitsgruppensitzungen und bilateralen Gesprächen mit Delegationen; in den Tagungen zu allgemeinen Angelegenheiten im April und Juni sind außerdem Diskussionen angesetzt. Doch um unnötige Abweichungen zwischen den einzelnen Mitgesetzgebern zu vermeiden und um die Chancen auf eine baldmögliche Einigung zu erhöhen, werden wir während der gesamten Verhandlungen in engem Kontakt mit dem Parlament stehen.



VEREINFACHUNG DER ZUKÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK

Vereinfachung ist eine der beliebtesten Erwartungen an die neue Kohäsionspolitik im Programmzeitraum 2014-2020.

Die Europäische Kommission hat Vorschläge vorgelegt, die ausdrücklich auf eine größere Vereinfachung in verschiedenen Politikbereichen abzielen. Einige dieser Vorschläge in der Kohäsionspolitik beziehen sich auf Veränderungen, die bereits umgesetzt wurden, andere sind neu.

Der Wert der Vereinfachung

Das übergeordnete Ziel der Vereinfachungsvorschläge ist die Sicherstellung einer problemlosen Umsetzung der Politik und einer effizienten Nutzung der Verwaltungsressourcen auf regionaler, nationaler und EU-Ebene.

Eine Vereinfachung der Vorschriften – dies ist allgemein anerkannt – wird dazu führen, dass Ziele mit einem geringeren Zeit- und Kostenaufwand umgesetzt werden können und man sich besser auf die Ergebnisse konzentrieren kann. Die Vorschriften werden außerdem für alle Beteiligten leichter verständlich, wodurch sich die Rechtssicherheit erhöht.

Ein weiterer Vorteil ist, dass weniger Fehler auftreten werden und sich die Sicherheit, welche die nationalen Umsetzungssysteme bieten, erhöhen wird.

Die EU-Kommission plant, eine Vereinfachung unter anderem durch die Harmonisierung der Regeln für mehrere GSR-Fonds, mehr Flexibilität und Verhältnismäßigkeit, die Klärung von Regeln zur Verbesserung der Rechtssicherheit und die Digitalisierung von Dokumenten und Prozessen zu erreichen.

Herausforderungen

Wie effektiv diese Maßnahmen umgesetzt werden können, hängt von den Anstrengungen zahlreicher Behörden, Organisationen und Unternehmen in der gesamten Europäischen Union ab.

Sicher ist jedoch, dass aufgrund der unterschiedlichen Situation in den Mitgliedstaaten das, was in einem Mitgliedstaat vielleicht als Vereinfachung empfunden wird, in einem anderen Mitgliedstaat als Verkomplizierung angesehen werden könnte. Dadurch stellt sich die schwierige Aufgabe, eine gemeinsame Basis zu finden und genügend Flexibilität einzuführen, um die Durchführung der Kohäsionspolitik zu vereinfachen.

Außerdem hat die Erfahrung gezeigt, dass bisweilen Fehler gemacht werden, weil Regeln aus früheren Programmzeiträumen geändert werden, aber die Verwaltungsbehörden oder Leistungsempfänger im neuen Programmzeitraum weiterhin die alten Regeln anwenden.

Deshalb haben viele Beteiligte vor einer radikalen Überarbeitung der Regeln gewarnt. Die Vorschläge der Kommission tragen dem Rechnung, denn es werden nur Änderungen vorgeschlagen, die in der Praxis zu Vereinfachungen führen können.

Umsetzung

Die Mitgliedstaaten und alle beteiligten Behörden können und müssen entscheidend dazu beitragen, dass eine Vereinfachung für die Leistungsempfänger erreicht wird.

Das Hauptziel hinter den Vorschlägen der Kommission ist eine Vereinfachung für die Leistungsempfänger. Durch einige Vereinfachungselemente kann außerdem der Verwaltungsaufwand auf allen Ebenen verringert werden, während andere auf nationale und regionale Verwaltungen abzielen. In manchen Fällen muss die öffentliche Verwaltung in neue Informationssysteme, Verfahren und Ausbildung investieren, um eine Vereinfachung für Leistungsempfänger zu erreichen.

Vereinfachung ist eine gemeinsame Verantwortung

Die Kommission hat ihre Vorschläge analysiert. Die Ergebnisse lassen Potenzial für eine erhebliche Verringerung des Verwaltungsaufwands für die Leistungsempfänger erkennen. Dies ist hauptsächlich auf die starke Verlagerung von der papiergestützten Verwaltung zur E-Governance zurückzuführen.

Einfachere und einheitlichere Regeln für die Förderfähigkeit sowie kürzere Aufbewahrungsfristen für Dokumente können den Gesamtaufwand für die Leistungsempfänger ebenfalls spürbar beeinflussen.

Die Änderungen der Rechtsvorschriften auf EU-Ebene müssen durch Anstrengungen auf nationaler und regionaler Ebene ergänzt werden, um das Verfahren für die Leistungsempfänger einfacher zu machen.

Daher wird vorgeschlagen, dass sich jeder Mitgliedstaat diesbezüglich zu klaren Zielvorgaben verpflichtet.



Das Potenzial nutzen

Mit einer gemeinsamen Anstrengung auf EU-, nationaler und regionaler Ebene wird es möglich sein, den Gesamtaufwand für Leistungsempfänger auf EU-Ebene im Vergleich zum Zeitraum 2007-2013 um 25 % zu verringern.

Es werden jedoch alle Beteiligten ihren Beitrag leisten müssen, um das Vereinfachungspotenzial voll ausschöpfen zu können.

Die Beteiligten können im Rahmen der Partnerschaft ihren Teil dazu beitragen, dass bei der Planung und Durchführung operationeller Programme dem Thema Vereinfachung angemessene Beachtung geschenkt wird.

Verwaltungsbehörden, Bescheinigungsbehörden und Prüfbehörden können dazu beitragen, dass die vereinfachenden Elemente in den nationalen Rechtsvorschriften und Regeln voll zum Tragen kommen und Maßnahmen ergriffen werden, die eine übermäßige Verkomplizierung der Regeln auf nationaler/regionaler Ebene verhindern.

Vor dem Hintergrund der neuen und besseren Möglichkeiten, die im Vorschlag der Kommission für die Verordnungen über die Kohäsionspolitik 2014-2020 präsentiert werden, können die nationalen Stellen eine sorgfältige Analyse durchführen und auf nationaler Ebene Maßnahmen ergreifen, um das Vereinfachungspotenzial voll zu entfalten. Neben der Einführung der neuen Methoden in das System werden Maßnahmen wie die Förderung bewährter Verfahren, das Lernen von anderen Mitgliedstaaten und die Schulung des Personals einen positiven Einfluss auf die Vereinfachung haben.

Die wichtigsten Vorschläge

1. Harmonisierung von Regeln mit anderen Fonds, die unter den Gemeinsamen Strategischen Rahmen fallen (GSR-Fonds)

Der Verordnungsvorschlag der Kommission enthält gemeinsame Regeln für die Kohäsionspolitik, die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums und die Meeres- und Fischereipolitik in den Bereichen strategische Planung, Förderfähigkeit und Dauerhaftigkeit.

Die Anzahl der strategischen Dokumente *wird verringert werden*: Für die fünf GSR-Fonds soll es nur ein strategisches Dokument der EU und ein nationales strategisches Dokument geben⁽¹⁾.

2. Mehr Flexibilität bei der Einrichtung von Programmen und Systemen

GEMEINSAME REGELUNGEN FÜR ALLE GSR-FONDS

Bisher gibt es immer wieder Fälle, in denen bei den verschiedenen GSR-Fonds für ähnliche Arten von Projekten unterschiedliche Regeln hinsichtlich der Förderfähigkeit angewendet werden.

Dadurch müssen sich die Beteiligten mit mehreren unterschiedlichen Regeln vertraut machen und es besteht die Gefahr, dass Fehler gemacht werden, die finanzielle Konsequenzen für die Leistungsempfänger haben.

Die Vorschläge für den Zeitraum 2014-2020 sehen für die GSR-Fonds gemeinsame Regeln für die Förderfähigkeit vor, um das Ganze einfacher zu gestalten. Diese Regeln auf EU-Ebene müssen durch nationale Regeln ergänzt werden, die dem gleichen Grundsatz folgen.

Im Interesse der Flexibilität bei der Einrichtung nationaler und regionaler Programme sind die GSR-Fonds auf der betreffenden territorialen Ebene entsprechend dem Verwaltungsrahmen des Mitgliedstaats einzusetzen.

Die Vorschläge beinhalten eine Reihe neuer Optionen, die für mehr Flexibilität sorgen. Mitgliedstaaten und Regionen können in ihren operationellen Programmen den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds (KF) entweder allein oder gemeinsam einsetzen, die Mittelzuweisung um bis zu 2 % zwischen Regionenkategorien anpassen, ein Projekt mit Mitteln aus mehreren von der EU finanzierten Instrumenten fördern, horizontale technische Hilfe aus einem einzigen Fonds finanzieren und die Funktionen von Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörden zusammenlegen.

Außerdem steht es ihnen frei, gemeinsame Überwachungsausschüsse und jährliche Überprüfungstreffen für Programme, die mit den GSR-Fonds finanziert werden, einzurichten. Die Förderfähigkeit von Ausrüstungen im Rahmen des ESF wird ebenfalls die integrierte Planung auf Projektebene erleichtern.

(1) Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), Kohäsionsfonds, Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF).



NEUE MÖGLICHKEIT VON MULTIFONDS-PROGRAMMEN

Im Zeitraum 2014-2020 werden die Mitgliedstaaten die Wahl haben, je nach ihren nationalen Praktiken entweder Monofonds-Programme oder Multifonds-Programme, bei denen EFRE, ESF und KF kombiniert werden, vorzubereiten und durchzuführen.

Die Einrichtung gemeinsamer Überwachungsausschüsse und gemeinsamer Überwachungs- und Berichterstattungssysteme kann nationalen Behörden Kosteneinsparungen bringen.

Die gemeinsame Planung wird ein integriertes Konzept für die Umsetzung der Kohäsionspolitik ermöglichen.

Eine integrierte Programmplanung wird außerdem durch die Möglichkeit des Einsatzes verschiedener Instrumente ermöglicht (z. B. integrierte territoriale Investitionen, lokale Entwicklungen unter Federführung der Gemeinden oder Möglichkeiten zur Förderung eines Projekts aus mehreren Fonds).

3. Größere Verhältnismäßigkeit

Wiederholte Prüfungen können für die Leistungsempfänger einen erheblichen Verwaltungsaufwand bedeuten. Die Vorschläge verringern die Intensität der Projektprüfungen.

Bei allen Regelungen im Zusammenhang mit der Berichterstattung, Evaluierung, Verwaltung und Kontrolle der GSR-Fonds ist zu berücksichtigen, dass der finanzielle und administrative Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zu der bereitgestellten Förderung stehen muss.

BEGRENZTE PRÜFUNGEN FÜR KLEINE PROJEKTE

Im Programmzeitraum 2014-2020 werden Vorhaben, bei denen die förderfähigen Gesamtausgaben nicht mehr als 100 000 EUR betragen, während ihrer Laufzeit normalerweise nicht mehr als einer Prüfung durch die Prüfbehörde bzw. die Kommission unterzogen werden.

Dadurch wird verhindert, dass bei kleineren Projekten die Leistungsempfänger mehrfachen Prüfungen unterworfen sind und so von den Hauptaufgaben des Projekts abgelenkt werden.

Ein jährliches Überprüfungstreffen zwischen der Kommission und dem Mitgliedstaat ist unter Umständen nicht immer erforderlich. Da es eine gewisse Zeit dauert, bis die Programme anlaufen, werden der erste Durchführungsbericht und die Rechnungsabschlussunterlagen erst 2016 vorgelegt werden müssen.

Außerdem wird sich die Prüfungstätigkeit der Kommission auf die risikoträchtigeren Bereiche konzentrieren. Bei gut funktionierenden Prüfbehörden wird die Kommission ihre Prüfungen dort, wo nationale Umsetzungsverfahren gut funktionieren, begrenzen.

4. Rechtssicherheit durch klarere Regeln

Klare und einfache Regeln können eine erhebliche Vereinfachung bedeuten. Aufgrund der gewonnenen Erfahrungen sind mehrere der für den Zeitraum 2007-2013 geltenden Regeln geändert worden, um mehr Klarheit zu schaffen. Im nächsten Programmzeitraum können vielfältigere Arten von Finanzinstrumenten zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig sollen durch einheitlichere Regeln nur noch in geringerem Umfang nationale Regeln erforderlich sein. Die Voraussetzungen, unter denen Projekte außerhalb des Programmbereichs finanziert werden können, werden geklärt. Die Regeln über die Schaffung von Einnahmen wurden durch ein Konzept mit optional anwendbaren Pauschalsätzen ergänzt.

NEUE REGELN FÜR DIE SCHAFFUNG VON EINNAHMEN

Die Vorschläge für den Zeitraum 2014-2020 beinhalten ein verhältnismäßigeres Konzept für die Behandlung einnahmenschaffender Projekte und vereinfachen ihre Verwaltung. Sie sehen für die Bestimmung der Kosten, die von den Fonds mitfinanziert werden können, Pauschalsätze entsprechend der Art des Projekts vor. Die Mitgliedstaaten können entscheiden, ob sie den Pauschalsatz anwenden möchten. Alternativ können sie die frühere Methode (Analyse der Finanzierungslücke) wählen, wenn sie der Auffassung sind, dass der Pauschalbetrag nicht angemessen ist.

Die Ausnahme gilt weiterhin für alle ESF-Projekte sowie EFRE-, KF-, ELER- und EMFF-Projekte unter einer Million EUR, um den mit diesen Verpflichtungen verbundenen Aufwand zu begrenzen.



5. Effizientere Umsetzung und einfachere Berichterstattung

In manchen Fällen wird die Vereinfachung auch zu einer unmittelbaren Verringerung der Verwaltungskosten führen.

Die Kommission möchte eine auf das Wesentliche beschränkte, verhältnismäßige Berichterstattung durch die Verwaltungsbehörden sicherstellen.

Im Zeitraum 2014-2020 werden die regelmäßigen Jahresberichte wesentlich einfacher gestaltet sein als 2007-2013, da sie sich nur noch auf die wesentlichen Daten über die erzielten Fortschritte konzentrieren werden. Der erste Jahresbericht würde erst 2016 vorgelegt werden.

Der Bericht würde zum großen Teil aus automatisch verfügbaren Daten aus dem Informationssystem bestehen und weniger aus ausformuliertem Text.

Nur zweimal im Programmzeitraum (und beim abschließenden Durchführungsbericht) würden die Verwaltungsbehörden umfassendere Berichte vorlegen müssen.

6. Verringerung des Verwaltungsaufwands für Leistungsempfänger

Der Verwaltungsaufwand für Leistungsempfänger wird durch umfangreichere Möglichkeiten zur Anwendung vereinfachter Kosten verringert werden. Gleichzeitig werden die bereits 2007-2013 eingeführten vereinfachten Kostensoptionen weiterhin bestehen bleiben und sogar ausgebaut werden. So wird sichergestellt dass:

- Die vereinfachten Kosten auf die fünf GSR-Fonds angewendet werden können;
- Die gegenwärtigen Methoden zur Bestimmung vereinfachter Kosten beibehalten werden;
- Einige Pauschalsätze, Einheitskosten und Pauschalbeträge auf EU-Ebene bestimmt werden;
- Der maximale Zuschuss für Pauschalbeträge auf 100 000 EUR angehoben werden wird;
- Bei einer Vielzahl von Kosten mit Pauschalsätzen gearbeitet werden kann;
- Vereinfachte Kostensoptionen aus bestehenden nationalen und EU-Finanzierungsinstrumenten für ähnliche Arten von Projekten angewendet werden können.

Durch Einführung eines fortlaufenden Abschlusses wird die Aufbewahrungsfrist für Unterlagen von der jetzigen Höchstdauer von über 10 Jahren auf etwa fünf Jahre verkürzt werden.

DÄNEMARK BERICHTET ÜBER POSITIVE ERFahrungen BEI DER NUTZUNG DER VEREINFACHTEN KOSTEN

Die Stadt Aalborg in Dänemark, die eine Anzahl von Projekten verwaltet, die durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanziert werden, konnte bei der Umstellung auf den vereinfachten Kostenansatz in der Projektverwaltung umgehend positive Auswirkungen feststellen.

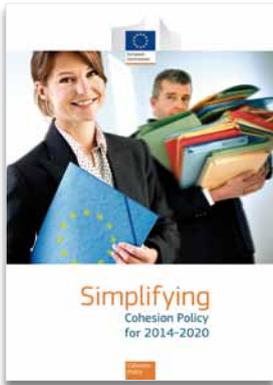
Bis 2011 unterlagen alle EFRE-Projekte den Regeln zu den tatsächlichen Kosten, nach denen alle indirekten Kosten durch eine externe Zahlungsdokumentation belegt werden müssen.

„Dies war für uns ein ungeheurer Arbeitsaufwand, da wir Millionen Rechnungen über Kosten für Essen, Reisen, Druckaufträge, Werbung und so weiter einreichen mussten“, berichtet Jonas Kromann, Projektmanager der Stadt Aalborg.

Anfang 2011 stellte die Wirtschaftsabteilung der Stadt Aalborg ihre Projekte um und arbeitete ab sofort mit Pauschalbeträgen.

„Die Umstellung der Projekte war nicht ganz einfach, da die Ansätze mit tatsächlichen Kosten und Pauschalbeträgen unterschiedliche Kontenpläne nutzen. Aber letztendlich können wir sagen, dass die Vereinfachung aufgrund der Nutzung von Pauschalbeträgen die Verwaltung der von der Stadt Aalborg gehandhabten Projekte enorm erleichtert hat“, bestätigt Kromann.





Vereinfachung der Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014-2020

Dieser Bericht steht in folgenden Sprachen zur Verfügung: Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estländisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Lettisch, Litauisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Schwedisch, Tschechisch und Ungarisch.

7. Ein Schritt hin zu einer ergebnisbasierten Verwaltung: der gemeinsame Aktionsplan

Ein gemeinsamer Aktionsplan ist Teil einer oder mehrerer Prioritätsachsen oder operationeller Programme, die im Rahmen eines ergebnisbasierten Konzepts umgesetzt werden, um konkrete Ziele zu erreichen, die der Mitgliedstaat und die Kommission miteinander vereinbart haben. Der gemeinsame Aktionsplan ist ein Instrument, das den Blickpunkt der Verwaltung stärker auf Outputs und Ergebnisse lenken soll. Die Bereiche, in denen er angewendet werden kann, sind nicht festgelegt. Aber er kann sich ebenso auf technische Hilfe wie auf dauerhafte Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt erstrecken. Das Argument für die Anwendung eines gemeinsamen Aktionsplans ist die Möglichkeit, zuverlässige Output- und Ergebnisziele zu definieren.

Die Finanzverwaltung des gemeinsamen Aktionsplans basiert ausschließlich auf Outputs und Ergebnissen. Die Kostenerstattung erfolgt anhand von Standardtabellen für Einheitskosten oder Pauschalbeträge, die auf alle Arten von Projekten anwendbar sind. Die Kommission und die Prüfbehörden des gemeinsamen Aktionsplans werden daher ausschließlich zu prüfen haben, ob die Voraussetzungen für die Erstattung erfüllt sind (z. B. ob die vereinbarten Outputs und Ergebnisse erreicht worden sind).

Bei Anwendung eines gemeinsamen Aktionsplans kann der Mitgliedstaat bei der Kostenerstattung für die Projekte seine üblichen finanziellen Regeln anwenden. Diese Regeln unterliegen keiner Überprüfung durch die Prüfbehörde oder die Kommission. Um Rechtssicherheit zu schaffen, wird der gemeinsame Aktionsplan von der Kommission genehmigt.

8. E-Cohesion

E-Cohesion ist ein Bereich, der ein großes Potenzial zur Verringerung des Verwaltungsaufwands bietet.

Die Vorschläge der Kommission für den Zeitraum 2014-2020 sehen die größtmögliche Nutzung bestehender Datenbanken und die Entwicklung von Schnittstellen und anderen Instrumenten vor, damit die Leistungsempfänger Daten nur noch einmal einreichen müssen und alle Dokumente in elektronischer Form gespeichert werden können.

Durch diese Änderungen würden Fehler bei der Dateneingabe reduziert werden und die Leistungsempfänger hätten einen geringeren administrativen Aufwand im Zusammenhang mit der Beschaffung und erneuten Einreichung vorhandener Dokumente. Außerdem ist die Gefahr des Verlusts von Dokumenten geringer, und langfristig verringern sich die Archivierungskosten.

9. Vereinfachung der europäischen territorialen Zusammenarbeit

Es ist eine separate Verordnung vorgeschlagen worden, die mehr Bestimmungen nach Maß bietet und den Behörden, die die Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) durchführen, einen klaren Überblick über die anwendbaren Regeln gibt.

Zu den Hauptpunkten gehören die Möglichkeit, 15 % der Personalkosten mit der Zahlung von Pauschalsätzen abzudecken, einheitlichere Regeln für die Förderfähigkeit sowie die Zusammenlegung der Funktionen von Verwaltungsbehörde und Bescheinigungsbehörde.

10. Vereinfachung des Europäischen Sozialfonds

Für den Europäischen Sozialfonds (ESF) werden aufgrund seiner Besonderheiten (viele kleine Beihilfen, Personalkosten als Hauptausgabeposten, relativ standardmäßige Projekte) spezielle Möglichkeiten der Vereinfachung vorgeschlagen. Zu den Hauptpunkten gehören zusätzliche Möglichkeiten zur Anwendung vereinfachter Kosten.

Die meisten Ausgaben innerhalb eines ESF-Projekts betreffen die Personalkosten. Deshalb hat die Kommission die Möglichkeit vorgeschlagen, beim ESF die förderfähigen Gesamtkosten des Projekts anhand der direkten Personalkosten zu bemessen: durch einen 40%igen Aufschlag auf die direkten Personalkosten. Dieser Berechnungssatz ist in der Verordnung festgelegt und braucht daher von den nationalen Behörden nicht belegt zu werden.

Außerdem werden einige einfachere Verfahren für kleine Beihilfen eingeführt, um die Anwendung vereinfachter Kostenoptionen in transparenter Weise zu ermöglichen.

TIPPS ZUR VEREINFACHUNG

1. SCHWERPUNKT

Eine klare Strategie und Fokussierung auf genau definierte Bereiche werden dafür sorgen, dass zu gegebener Zeit Förderprogramme entwickelt werden können. Eine klarere Fokussierung kann auch bedeuten, dass weniger Förderprogramme geplant und weniger Behörden einbezogen werden, was zu Kosteneinsparungen führen kann.

2. SYNERGIEN NUTZEN

Integrierte Programme und Projekte, ein gemeinsamer rechtlicher Rahmen auf nationaler oder regionaler Ebene, gemeinsame Überwachungsausschüsse und gemeinsame Verwaltungs- und Kontrollsysteme: All diese Möglichkeiten unterstützen ein maßgeschneidertes Konzept im Hinblick auf Systeme.

3. AUF DIGITALE TECHNOLOGIEN UMSTELLEN

Im Zuge der Kohäsionspolitik sind große Mengen an Daten zu verarbeiten, die für die Verwaltung, aber auch für die Berichterstattung benötigt werden. Während die Mitgliedstaaten beim elektronischen Datenaustausch mit Verwaltungen Fortschritte gemacht haben, ist die Kommunikation mit Leistungsempfängern nach wie vor überwiegend papiergestützt. Abgesehen vom Aufwand für die Leistungsempfänger bedeutet dies auch, dass die Verwaltung enorme Datenmengen in Papierform umsetzen muss. So entstehen zusätzliche Kosten, die vermieden werden könnten. Deshalb enthalten die Vorschläge der Kommission eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, bis Ende 2014 für Möglichkeiten des elektronischen Datenaustauschs mit den Leistungsempfängern zu sorgen. Weitere Effizienzsteigerungen können dadurch erreicht werden, dass man über bloße Rechtsvorschriften hinausgeht, d. h. durch den Aufbau allgemeiner elektronischer Dienste für die Leistungsempfänger von GSR-Fonds (und die Empfänger nationaler Fördermittel) sowie durch die effiziente Nutzung öffentlicher Register (Unternehmensregister, Steuerdatenbanken usw.).

4. FINANZINSTRUMENTE NUTZEN

Einmal eingerichtete Finanzinstrumente ermöglichen eine größere Hebelwirkung, Effektivität und Effizienz im Einsatz von Fonds, vor allem bei entsprechender Einbindung des Privatsektors. Die Kompliziertheit kann durch Nutzung von auf EU-Ebene eingerichteten Finanzinstrumenten oder durch Anwendung der von der Kommission festgelegten Standardkonditionen weiter reduziert werden.

5. VEREINFACHTE KOSTEN ANWENDEN

In manchen Bereichen bleibt die Erstattung auf der Basis der tatsächlichen Kosten das beste und einfachste Konzept. In vielen anderen Fällen stellen vereinfachte Kosten aber eine effizientere Alternative dar. Die auf EU-Ebene festgelegten Pauschalsätze und Einheitskosten können die kosteneffiziente Inanspruchnahme dieser Optionen erleichtern, da keine Entwicklungsmethoden auf nationaler Ebene erforderlich sind. Die Möglichkeit der Anwendung vereinfachter Kosten für EU-Maßnahmen und nationale Förderprogramme und die Möglichkeit der Verwendung von Budgetentwürfen (im Falle des ESF) begrenzen auch den Anfangsaufwand für die Mitgliedstaaten.

6. GEMEINSAME AKTIONSPÄNE AUSPROBIEREN

Gemeinsame Aktionspläne sind ein großer Schritt in Richtung auf eine ergebnisbasierte Verwaltung, aufbauend auf einer Erweiterung vereinfachter Kostenprinzipien auf alle Arten von Vorhaben. Deshalb kann es auf lange Sicht nützlich sein, zumindest Pilotvorhaben in Form von gemeinsamen Aktionsplänen durchzuführen.

7. RISIKOANALYSE UND ANPASSUNG

Der Vorschlag der Kommission zielt auf ein System ab, bei dem der Verwaltungsaufwand in Relation zu den vorhandenen Risiken steht. Dies gilt besonders für Kontrollen und Prüfungen, die den jeweiligen Risiken angepasst sein sollen. Während hinsichtlich der Prüfung Anpassungen auf gemeinsamen Regeln auf EU-Ebene und Vereinbarungen mit der Kommission basieren werden, werden Häufigkeit und Reichweite von Kontrollen von der jeweiligen Verwaltungsbehörde bestimmt werden.

MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/2014/simplification_de.pdf

Panorama spricht mit führenden Mitgliedern des Ausschusses für regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments über die Rolle der Kohäsionspolitik und die Fortschritte des neu vorgeschlagenen Gesetzgebungspakets.



KOHÄSIONSPOLITIK IST ECHTE INVESTITIONSPOLITIK

Constanze Angela Krehl, Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten, Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung Mitberichterstatterin für die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds.

Wirtschaftswachstum und Kohäsionspolitik

Von einem Gipfeltreffen zum nächsten könnten die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck gewinnen, dass die Haushaltskonsolidierung Europa retten wird. Dies ist aber nicht der Fall – ganz und gar nicht. Jeder Geschäftsmann weiß, dass er seine Ausgaben niedrig halten muss – aber es sind die Investitionen, die ein Unternehmen wachsen lassen. Das Gleiche gilt für unseren Kontinent. Es stimmt, dass unnötige Ausgaben einer Wirtschaft großen Schaden zufügen können. Aber erst Investitionen werden in einem Land wie Griechenland für neues Wachstum sorgen.

Kohäsionspolitik ist echte Investitionspolitik. Indem sie Projekte unterstützt, die genau auf die Bedürfnisse der europäischen Regionen zugeschnitten sind, baut sie Volkswirtschaften wieder auf und stärkt deren Position auf den internationalen Märkten.

Im Europäischen Parlament arbeiten wir derzeit an der Gestaltung der Kohäsionspolitik für den nächsten Programmzeitraum. Doch wir konzentrieren uns nicht nur auf diese langfristige Planung, sondern nehmen uns auch der Bedürfnisse der am stärksten betroffenen Regionen Europas an. Derzeit diskutieren wir zum Beispiel die Änderung einer aktuellen Vorschrift, mit der sich die Auswirkung der kohäsionspolitischen Ausgaben in Ländern wie Griechenland erhöhen soll.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Wir sind uns der großen Verantwortung bewusst, die wir aufgrund der Rolle des Europäischen Parlaments als Mitgesetzgeber in der Kohäsionspolitik und aufgrund der Tatsache, dass die allgemeine Verordnung die Regeln für fünf unterschiedliche Fonds (1) festlegt, tragen.

(1) Fünf Fonds: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), Kohäsionsfonds, Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Wir hoffen auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Rat und streben einen intensiven Gedankenaustausch mit den Akteuren in den Regionen an. Ich möchte eine starke Position der Regionen erreichen, zum Beispiel in den Verhandlungen zu den Partnerschaftsvereinbarungen.

Das Gesetzgebungspaket soll bis Ende des Jahres verabschiedet werden – falls bis dahin die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) abgeschlossen sind.

Gesetzgebungspaket zur Kohäsionspolitik nach 2014

Ich bin sicher, dass wir in allen wichtigen Bereichen zufriedenstellende Kompromisse erzielen werden. Wir stehen mit den verschiedenen Interessenvertretern und den europäischen Institutionen in engem Kontakt. Da sich die Koordinatoren der beiden größten politischen Fraktionen im Europäischen Parlament die *Berichterstattung* zur allgemeinen Verordnung teilen, werden wir einen Bericht vorschlagen, der im Parlament breite Unterstützung finden wird.

Ergebnisse und Leistungen

Es ist richtig, die relativ geringen Ressourcen auf eine begrenzte Anzahl an Prioritäten zu konzentrieren. Und ja, wir wünschen uns eine erfolgreiche Politik, die ihre Versprechungen in die Tat umsetzt. Nichtsdestotrotz sollte man nicht vergessen, dass die schwache Leistung einer Region auf Faktoren zurückzuführen sein mag, die nichts mit der Kohäsionspolitik zu tun haben. Eine schwache Leistung ist oft ein Hinweis darauf, dass eine Region mehr Unterstützung benötigt und nicht weniger.

Ich stehe der Einführung einer leistungsgebundenen Reserve deshalb sehr kritisch gegenüber, da diese nur leistungsstarken Regionen hilft und Gelder verbraucht, die in notwendigeren Projekten hätten fließen können.



FÜR MEHR GLEICHGEWICHT IN EUROPA

Lambert van Nistelrooij, Mitglied des Europäischen Parlaments, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung Mitberichterstatte für die Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds.

Europa 2020 für alle Regionen

Europas Mitgliedstaaten stehen einer gemeinsamen Herausforderung gegenüber. Der Vertrag von Lissabon bestätigt gewisse Eckpfeiler für Europa: die gemeinsamen Werte, den gemeinsamen Binnenmarkt und das Streben nach einer noch engeren politischen Union. Die Kohäsionspolitik stützt sich auf alle drei dieser Pfeiler. Fast die Hälfte der Ausgaben der Union fließt in diese Politik. Dies gilt für Investitionen in FuE (Forschung und Entwicklung) und Wettbewerbsfähigkeit genauso wie für die strukturelle Unterstützung schwächerer Regionen.

Die wichtigste Herausforderung, der wir in den kommenden Jahren gegenüberstehen werden, ist die Frage, wie wir eine bessere Synergie der fünf regionalen Fonds und der FuE-Mittel erreichen können. Wir benötigen diesen neuen Ansatz und sollten dabei auch die ungenutzte Leistungsfähigkeit der neueren Mitgliedstaaten nutzen.

Ich begrüße die Vorschläge der Europäischen Kommission und bin der Meinung, dass eine „überspannende Verordnung“ für die Instrumente der Strukturpolitik, welche die Ziele der Strategie Europa 2020 miteinbezieht, ein großer Schritt hin zu mehr Kohärenz, Einfluss und Sichtbarkeit vor Ort in ganz Europa ist. Sie sichert den integrierten Ansatz und die Effektivität der Umsetzung politischer Maßnahmen.

Die gemeinsamen Bestimmungen für die strategische Planung und Programmplanung sowie die gemeinsame Liste thematischer Ziele ebnet den Weg für die gemeinsame Verantwortung für die Ziele der Strategie Europa 2020. In den nächsten Jahrzehnten wird die wissensbasierte Wirtschaft Arbeitsplätze erschaffen. Wir müssen die Unterstützungsprogramme deshalb so koordinieren, dass sie einen vielseitigen Mehrwert schaffen – d. h. mehr Synergien zwischen dem Kohäsionsfonds und Horizont 2020 erzeugen. Dieser neue Ansatz ist der Kernpunkt der „Leiter zur Spitzenforschung“. Es ist nicht hinnehmbar, dass rund 90 % der Forschungsmittel der EU in die älteren Mitgliedstaaten fließen.

Balance zwischen Solidarität und Eigeninteresse

Der territoriale Zusammenhalt ermöglicht es Europa, gleichzeitig führende Regionen und Entwicklungsregionen, die sich als geeignet erweisen, zu unterstützen. In anderen Worten: Damit werden die führenden Regionen belohnt und die Entwicklungsregionen sollen vor der „Alles-oder-Nichts“-Haltung geschützt werden. So sind Solidarität und Eigeninteresse im Gleichgewicht. Wir benötigen neue Instrumente, von denen Europa als Ganzes profitiert und durch die weniger entwickelte Regionen eine bessere Chance erhalten, jetzt und in der Zukunft Arbeitsplätze zu sichern.

In der Praxis werden wir mit den drei Grundpfeilern des territorialen Zusammenhalts arbeiten: Konzentration, Zusammenarbeit und Anbindung. Diese drei Punkte sind wichtige Stützen der Leiter zur Spitzenforschung. Eine führende Forschungstätigkeit wird weiterhin das Vorrecht der herausragendsten Bewerber sein. Regionen und Konsortien in den neueren Mitgliedstaaten, die ein vielversprechendes Potenzial aufweisen, können jedoch ebenfalls auf die Unterstützung der Strukturfonds beim Aufbau von Spitzenforschung in ihren Regionen zählen.

Der neue Ansatz zielt auf Investitionen in FuE und die Wissensinfrastruktur als starke Basis für zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzschaffung ab. Die Strukturfonds erfüllen genau ihre eigentliche Aufgabe: den Aufbau eines Europas, in dem territoriales Gleichgewicht herrscht.

Das Parlament ist auf dem richtigen Weg

Das Gesetzgebungspaket für die Zeit nach 2014 ist für die zukünftige europäische Integration extrem wichtig. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass in Europa nach der derzeitigen Krise ein noch größeres Ungleichgewicht herrscht. Das Europäische Parlament betont die Notwendigkeit einer europaweiten Kohäsionspolitik. Diese Politik hat sich als sehr effektiv herausgestellt. Natürlich müssen wir in dem Rahmen, den alle Fonds bieten, eine größere Synergie erreichen. Die Vorschläge der Europäischen Kommission bieten hier eine stabile Basis. Wir erwarten eine erste Abstimmung auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments im September 2012.

ERWEITERUNG DER SEENOTRETTUNGSKAPAZITÄTEN ESTLANDS

Der Handels- und Freizeitschiffsverkehr im Finnischen Meerbusen, einem stark befahrenen Gewässer zwischen Estland und Südfinnland, hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Doch die Ressourcen für den Such- und Rettungsdienst auf See waren bislang unzureichend. Ziel eines im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung [EFRE (1)] finanzierten grenzüberschreitenden Projekts war es, die Seenotrettungskapazitäten in diesem Gebiet zu erweitern und die Sicherheit an der Küste zu verbessern.

Das Projekt VOMARE (VOLuntary MARitime REscue), das im September 2008 anließ, wird von der Finnish Lifeboat Institution (Helsinki) geleitet, der Dachorganisation der freiwilligen Seenotrettungsverbände in Finnland mit 2000 freiwilligen Seenotrettern und 150 Rettungsschiffen. In enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Vihula in Estland sollte die Kooperation zwischen den finnischen und estnischen Systemen der freiwilligen Such- und Rettungsdienste verbessert werden.

Internationale Standards

Eines der wichtigsten Ziele des Projekts bestand darin, die Bereitschaft der Rettungsdienste an der estnischen Küste auf das gemäß internationalen Vereinbarungen erforderliche Maß zu erhöhen, um die Rettungsdienste dem landeseigenen Bedarf und dem internationaler Besucher anzupassen.

Im Rahmen des Projekts, das im Juni 2011 endete, wurden zahlreiche gemeinsame Schulungen durchgeführt, mit dem Ziel, die Verfahren zu vereinheitlichen und Kommunikation und Kooperation zu verbessern.

An dem Projekt beteiligten sich 60 freiwillige Personen aus Estland und vier Partnerstädte: Toila, Vihula, Lohusuu und Mustvee. Es wurden neue Such- und Rettungseinheiten in Estland eingerichtet und mit den neu geschulten Freiwilligen besetzt. Ein Großteil der Schulung fand auf der günstig gelegenen Insel Bagaskär statt.

Vier komplett ausgerüstete Rettungsschiffe einschließlich umfassender Schulung für die Besatzung wurden den estnischen Rettungsmannschaften zur Verfügung gestellt, weitere drei gingen an die finnischen Rettungsorganisationen.

„Die freiwillige Seenotrettung Finnlands verfügt über eine hundertjährige Tradition. Jetzt bringen wir diese Art von Rettungsdienst nach Estland“, sagte Jori Nordström, Operations Manager der Finnish Lifeboat Institution.

Vorrangiges Ziel des Projekts VOMARE ist es, die Einrichtung freiwilliger maritimer Such- und Rettungsdienste in Estland auf der Grundlage des natürlichen Bedürfnisses der Menschen, einander zu helfen, anzuregen. Durch die Steigerung der Unabhängigkeit Estlands bei der Bereitstellung von Rettungsdiensten verringert sich darüber hinaus die Notwendigkeit für Finnland, sich an Rettungsmissionen in Estland zu beteiligen. Von den jährlich 1000 Such- und Rettungsmissionen der Finnish Lifeboat Institution entfallen etwa 23 Prozent auf den Finnischen Meerbusen.

MEHR DAZU

www.centralbaltic.eu/component/content/article/6-project-info/296-vomare-voluntary-maritime-rescue

» VOMARE hat die Ausbildung und Ausrüstung der Rettungsbootmannschaften Estlands unterstützt und dazu beigetragen, die Sicherheit an der Küste zu verstärken. «



Gesamtkosten:
990 000 EUR
EU-Mittel:
645 000 EUR

(1) Central Baltic INTERREG IV A Programme 2007-2013.

LOKALE ENERGIESPEICHERLÖSUNG FÜR LÄNDLICHE GEBIETE

Die Fähigkeit, in ländlichen Gebieten Energie zu erzeugen und zu speichern, könnte in vielen Teilen der Welt die Lösung des kostspieligen Problems sein, das Energieversorgungsnetz in abgelegene Gebiete auszudehnen. Diese Strategie steckt hinter dem EU-finanzierten Projekt SOPRA – Sustainable Off-Grid Powerstations for Rural Applications (nachhaltige netzunabhängige Kraftwerke für den Einsatz in ländlichen Gebieten) –, das ein eigenständiges System zur Energiespeicherung entwickelt. Das System kann lokal erzeugte Energie aus unterschiedlichen Quellen, unter anderem aus Solar-, Wasserkraft- und Windanlagen, aufnehmen und speichern.

Die in den Niederlanden entwickelte Technologie ist nicht nur eine kosteneffiziente Lösung für die Bereitstellung von Elektrizität in abgelegenen ländlichen Gebieten in Europa und der ganzen Welt, sondern kann auch einen wertvollen Beitrag zu Europas Ziel einer Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am europäischen Energiemix leisten.

In einigen ländlichen Gebieten ist die Entfernung zum Stromnetz oft so weit, dass ein Anschluss unpraktisch oder wirtschaftlich nicht praktikabel ist. Für gewöhnlich greift die lokale Bevölkerung zur Stromversorgung auf Dieselgeneratoren als Alternative zurück, deren Betrieb jedoch zunehmend teurer wird und außerdem laut ist.

Im EFRE-finanzierten ⁽¹⁾ Projekt SOPRA, das von ALFEN b.v., einem niederländischen Spezialisten für Energieumwandlungstechnologie, geleitet wird, werden Prototypen zweier

» SOPRA hat das Ziel, eine kosteneffiziente Technologie bereitzustellen, die das Maximum aus lokalen Energiequellen herausholt, egal ob es sich dabei um Sonne, Wind oder Wasser handelt. «

(1) Regionales operationelles Programm für die östlichen Niederlande für den Programmzeitraum 2007-2013.

Gesamtkosten:

1 991 100 EUR

EU-Mittel:

497 800 EUR

Evert Raaijen,
Manager für Business
Development bei ALFEN b.v.



netzunabhängiger Hybridsysteme entwickelt: ein stationäres System und ein transportables System in einem ungefähr 6 Meter großen Container. Dies bedeutet, dass die Energie aus lokalen Quellen nicht sofort verwendet werden muss, sondern so lange gespeichert werden kann, bis sie benötigt wird. So erhalten Schulen, Dörfer, Krankenhäuser und Baustellen in abgelegenen Gebieten eine zuverlässige, bedarfsgerechte Energieversorgung.

Weltweit haben zwischen 1,6 und 2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Strom, da der Anschluss an die öffentlichen Versorgungsnetze oft wirtschaftlich nicht praktikabel ist. Die netzunabhängige Speicherung sauberer, lokaler Energie öffnet die Tür zu vielen neuen Märkten.

Tatsächlich ist der Hauptgrund, warum die Entwicklung der Nutzung von Solarenergie nicht weiter vorangetrieben wird, die Notwendigkeit, dass derzeit die Speichermöglichkeiten noch weiter entwickelt werden müssen, damit sie auch in abgelegenen Gebieten, in denen kein Anschluss an das Stromnetz besteht, eingesetzt werden können.

Der Prototyp ist ab Juni 2012 einsatzbereit und wird in abgelegenen Gebieten, die repräsentativ für die Zielgebiete sind, ausgiebig getestet werden. Die Produktion wird in den Niederlanden gleichzeitig mit der Abnahmeprüfung starten, wodurch sich viele Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben.

Für die neue Technologie gibt es zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten und viele Marktchancen in Europa und den Entwicklungsländern.

MEHR DAZU

www.sopra-project.com/

ZENTRALES ONLINE-REGISTRIERUNGSSYSTEM FÜR POLENS UNTERNEHMER

Polens Wirtschaftsministerium hat ein hochmodernes Online-Registrierungssystem für Unternehmen ins Leben gerufen, bei dem diese sich zentral registrieren, Aktualisierungen vornehmen und Informationen über andere Betriebe einholen können.

Das zentrale System für Registrierungen und Informationen zu wirtschaftlichen Aktivitäten (CEIDG) wurde mit Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) durch das operationelle Programm „Innovative Wirtschaft“ für den Zeitraum 2007-2013 aufgebaut.

Die Hauptziele des Projekts sind der Aufbau einer zentralen Datenbank für unternehmerische Aktivitäten in Polen und die Ermöglichung der Onlineregistrierung eines Unternehmens. Das Hauptaugenmerk lag unter anderem darauf, die Vorschriften und Systeme zu harmonisieren, mit denen die Unternehmer zu tun haben, und ihnen eine zentrale Stelle zu bieten, an der sie hochwertige Dienstleistungen erhalten.

Der neue Service reduziert nicht nur die Zeit, die erforderlich ist, um ein neues Unternehmen zu registrieren, sondern soll auch einen elektronischen Austausch relevanter Daten zwischen den Institutionen erlauben, die in den Registrierungsprozess involviert sind.

Durch ein zuverlässiges elektronisches Profil oder eine elektronische Signatur (mit einem anerkannten Zertifikat) kann der Unternehmer die Formalitäten, die bei der Registrierung eines Unternehmens in Polen anfallen, online erledigen. Nachdem er auf der Webseite (www.firma.gov.pl) ein Konto erstellt hat, muss er nur der Schritt-für-Schritt-Anleitung folgen, um die erforderlichen Informationen einzugeben und das neue Unternehmen zu registrieren.

Falls der Unternehmer dies vorzieht, kann er den Antrag auf der Webseite vorbereiten und ihn dann in der Behörde der Gemeinde persönlich unterzeichnen.

Reicht man das CEIDG-Formular online ein, veranlasst es automatisch die Registrierung bei der nationalen Steuerbehörde, dem zentralen Amt für Statistik und der Sozialversicherung. Somit beantragt der Unternehmer gleichzeitig seine Steuer- und seine Statistiknummer (NIP und REGON). Die Registrierung des neuen Unternehmens wird binnen 48 Stunden auf der nationalen Webseite www.firma.gov.pl veröffentlicht, das Unternehmen kann den Betrieb jedoch unmittelbar nach der Bestätigung der Registrierung aufnehmen.

„Nachdem der Unternehmer auf der Webseite ein Konto erstellt hat, muss er nur der Schritt-für-Schritt-Anleitung folgen, um die erforderlichen Informationen einzugeben und das neue Unternehmen zu registrieren.“

Sind sie einmal bei CEIDG registriert, können Unternehmer ihre Einträge online ändern, die Geschäftstätigkeit vorübergehend aussetzen und den Betrieb sogar schließen, ohne auch nur einmal eine Verwaltungsbehörde betreten zu müssen.

Man kann auf der Plattform außerdem nach anderen Firmen suchen und sich die Informationen für eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen besorgen. Das System ging erstmals im Juli 2011 online und bearbeitet derzeit über 20 000 Vorgänge am Tag.

MEHR DAZU

www.ceidg.gov.pl



Gesamtkosten:
6 900 000 EUR
EU-Mittel:
5 800 000 EUR

VERMITTLUNGSAGENTUR HILFT SPANISCHEN KMU, UNTER NEUER FÜHRUNG FORTZUBESTEHEN

„Reempresa“ (mit neuem Unternehmertum füllen) ist ein neuer Ansatz, den die spanische Region Katalonien verfolgt und mit dem kleine Unternehmen dabei unterstützt werden, bei einem Führungswechsel einen reibungslosen Übergang zu erreichen und weiterhin erfolgreich zu arbeiten.

Jedes Jahr müssen in Katalonien ungefähr 95 000 Kleinstunternehmen und KMU schließen. Man geht davon aus, dass dank des innovativen Reempresa-Verfahrens mindestens 15 % überleben werden und ihre Angestellten weiterhin beschäftigen können.

Das katalanische Zentrum für Reempresa wurde 2010 ins Leben gerufen und wird vom katalanischen Arbeitgeberverband (Cecot) und einer privaten Stiftung, welche die Selbstständigkeit in Katalonien fördert (CP'AC), unterstützt. Es wird von der Region Katalonien (Generalitat de Catalunya Departament d'Economia i Coneixement) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert.

Es ist sowohl ein physischer als auch ein virtueller Vermittlungs- und Unterstützungsdienst, der kleine Unternehmen, die nach einem neuen Besitzer suchen, und potenzielle Unternehmer zusammenbringt. Bei diesen Unternehmen handelt es sich um kleine Betriebe, oft im Familienbesitz, die Schwierigkeiten mit dem Übergang und der Weiterführung haben.

» Bestehende Unternehmen, die Probleme mit dem Fortbestehen haben, werden dabei unterstützt, bei einem Eigentümerwechsel fortgeführt zu werden und ihren Angestellten eine sichere Zukunft zu bieten. «

Im Zentrum für Reempresa laufen die Daten und das Wissen für den Vermittlungsprozess zusammen und potenzielle Geschäftsführer werden mit der „Reempresa“-Methodik unterstützt. Es organisiert umfassende Informationsprogramme, um deutlich zu machen, welche Vorteile Unternehmen, in denen ein Eigentümerwechsel vorgenommen werden soll, und potenzielle neue Unternehmer durch den Reempresa-Ansatz haben.

2011 konnte das Reempresa-Zentrum 13 KMU „verkuppeln“. Dadurch blieben rund 145 Arbeitsplätze erhalten. In den ersten Monaten des Jahres 2012 liegt die Anzahl der erfolgreichen Vermittlungen bereits noch höher – ein deutliches Zeichen für den Erfolg des Projekts.

Das Zentrum hilft potenziellen Unternehmern, eine neue Firma zu finden, in die sie sich einbringen können, und bietet außerdem Unterstützung für den Übergabeprozess. Die neuen Unternehmer können die Vermögenswerte eines bestehenden Unternehmens kaufen oder mieten, anstatt einen neuen Betrieb aus dem Nichts aufbauen zu müssen.

MEHR DAZU

Reempresa: www.reempresa.org/?idioma=2

Cecot (katalanischer Arbeitgeberverband, Mitinitiator des Projekts): www.cecot.org

CP'AC: www.autoocupacio.org

Generalitat de Catalunya Departament d'Economia i Coneixement: www.gencat.cat

Reempresa auf twitter: @Reempresa

Reempresa auf LinkedIn: www.linkedin.com/groups/Reempresa-3945960



Gesamtkosten:
1 700 000 EUR
EU-Mittel:
850 000 EUR

DIE REGIOSTARS NEHMEN FAHRT AUF

Am 16. Januar 2012 kamen die 24 Finalisten der RegioStars 2012 nach Brüssel (BE) und stellten ihre Projekte persönlich einer von der Europäischen Kommission einberufenen unabhängigen, hochrangigen Jury vor.

Für die RegioStars 2012 ging eine Rekordzahl an Bewerbungen ein, insgesamt 107 aus der ganzen Europäischen Union.

Dies zeigt, dass der Wettbewerb nicht nur sein Ziel, Beispiele einer guten Praxis in der Stadt- und regionalen Entwicklung hervorzuheben, erreicht, sondern auch, dass alle Teilnehmer – Gewinner wie Finalisten – enorm davon profitieren, im europäischen Rampenlicht zu stehen. Wenn im Juni 2012 die Gewinner der RegioStars 2012 bekannt gegeben werden, werden mit Sicherheit alle Finalisten als Gewinner gefeiert.

Unabhängige Jury

Präsident der Jury für die RegioStars 2012 ist Luc Van den Brande, ehemaliger Präsident des Ausschusses der Regionen (2008-2010). Er steht einem 11-köpfigen Team aus Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Beratungsunternehmen vor.

Die Jury legt unter anderem Wert auf folgende Punkte:

- Die innovative Ausrichtung des Projekts;
- Die Auswirkungen (bzw. die erwarteten Auswirkungen) des Projekts hinsichtlich der anfänglichen Projektziele;
- Die erwartete Nachhaltigkeit des Projekts; sowie
- Die Projektergebnisse in Bezug auf eine Verbesserung lokaler, regionaler und interregionaler Partnerschaften.

Auch die Vorbereitungen auf die RegioStars 2013 laufen bereits und vor dem Ende der Bewerbungsfrist am 20. April 2012 sind bereits zahlreiche Bewerbungen eingegangen.

DER WETTBEWERB

Die Auszeichnung RegioStars wird seit nunmehr fünf Jahren verliehen. Sie gehört zur Initiative der EU-Kommission „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“. Sie hat das Ziel, gute Praktiken in der regionalen Entwicklung zu finden und originelle und innovative Projekte hervorzuheben, die auch für andere Regionen attraktiv und inspirierend sein könnten.

Der Wettbewerb ist in mehrere Kategorien unterteilt: Intelligentes Wachstum, nachhaltiges Wachstum, integratives Wachstum, CityStar sowie Information und Kommunikation.

Nach einer ersten Durchsicht durch die Jury werden die vielversprechendsten 24 Projekte zu einer eintägigen Veranstaltung eingeladen, auf der die Projekte der Jury vorgestellt und Fragen beantwortet werden, ehe die Gewinner in jeder Kategorie ausgewählt werden.

Teilnahmeberechtigt sind Projekte, die von den EU-Strukturfonds* kofinanziert werden und durch eine Reihe von nationalen, regionalen oder Kooperationsprogrammen umgesetzt werden.

Die Bewerbungen werden im Namen der Projektleiter oder -entwickler durch die für die Kofinanzierung verantwortliche nationale oder regionale Verwaltungsbehörde (bzw. mit deren Zustimmung) eingereicht.

* Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF), der Kohäsionsfonds (KF) oder das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) nach dem 1. Januar 2000.



Die Gewinner der **REGIOSTARS 2012** werden bei der Preisverleihung am **14. Juni in Brüssel** verkündet.



Greifbare Vorteile für Gewinner und Finalisten

Vor Kurzem hat sich die Europäische Kommission erneut mit allen früheren Gewinnern und Finalisten in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, was diese über den Wettbewerb denken und welche Vorteile er ihnen gebracht hat.

Alle Befragten antworteten einstimmig, sie würden anderen auf jeden Fall empfehlen, ihre Projekte bei zukünftigen RegioStars vorzustellen.

Die meisten fanden, ihre Teilnahme habe ihnen „greifbare Vorteile“ gebracht; diese positive Erfahrung teilten 93 % der Gewinner und 73 % der Finalisten.

Sowohl Gewinner als auch Finalisten betonten, sie hätten Vorteile bei Sichtbarkeit und Prestige, beim Finden von Partnern, beim Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Projekten und sogar bei der persönlichen Motivation erfahren. Sie empfanden den Wettbewerb als großartige Erfahrung, durch die ihre Projekte deutlich ins Rampenlicht und die Öffentlichkeit gerückt wurden. Viele fanden auch, sie hätten dadurch viel Selbstvertrauen für ihr weiteres Vorgehen gewonnen.

Ein Teilnehmer sagte: „Es war eine Chance, unsere lokale und regionale Strategie zur Verbesserung eines nachhaltigen Stadtverkehrs zu stärken. So erhält eine gute regionale Praxis, die auf ganz Europa übertragen werden kann, internationale Anerkennung.“

Viele erklärten, sie hätten durch die Teilnahme mehr Aufmerksamkeit durch die regionalen und nationalen Medien und mehr politische Unterstützung erhalten. Alle schätzten die Beachtung, die ihnen vonseiten der Regierung, lokalen Gemeinden und potenziellen Partner zuteilwurde.

Einige Teilnehmer fanden außerdem, die Auszeichnung habe sich positiv auf die Arbeitsmoral der Mitarbeiter ausgewirkt. Ein Gewinner erklärte: „Wir sind jetzt ein Team mit einer Auszeichnung.“ Ein anderer empfand die Teilnahme als interessante Erfahrung, „welche die Mitarbeiter inspiriert und animiert hat“.

Einige wiesen auch auf die positive Erfahrung hin, andere Projektteams zu treffen, was sie wertvoll und lehrreich fanden. „Es war eine großartige Möglichkeit, zusammenzuarbeiten, Fähigkeiten, Wissen und Beispiele für eine vorbildliche Praxis auszutauschen und von anderen zu lernen“, erklärte ein Teilnehmer.

Viele teilnehmende Unternehmen konnten auch eindeutige wirtschaftliche Vorteile verzeichnen: „Die Auszeichnung half uns, unsere Zukunftspläne zu sichern, und sie ist immer noch ein gutes Zugpferd für unsere aktuellen Strukturfondsbewerbungen“, sagte ein zufriedener Gewinner. Einem anderen Gewinner zufolge half die Auszeichnung, neue Partner ins Boot zu holen und das Interesse privatwirtschaftlicher Investoren zu wecken.

Ein pragmatischer Finalist erklärte, die RegioStars seien sehr hilfreich dabei gewesen, das Ansehen des Unternehmens bei Geldgebern sowie in der Politik und an Hochschulen zu verbessern.

MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/regions_for_economic_change/regiostars_en.cfm



Finalisten und Jurymitglieder
der RegioStars 2012

EFRE UNTERSTÜTZT E-GOVERNMENT – DOCH ES IST NOCH VIEL ZU TUN

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung hat laut einem Bericht des Europäischen Rechnungshofs zur Entwicklung elektronischer öffentlicher Dienstleistungen in Europa beigetragen. Bislang fallen die Vorteile jedoch noch geringer aus als erwartet.

Der Rechnungshof konzentriert sich in seinem Bericht „Waren die aus dem EFRE geförderten E-Government-Projekte erfolgreich?“ auf Projekte, die im Zeitraum 2000-2006 vom EFRE kofinanziert wurden und auf die Entwicklung von E-Government-Diensten in vier Mitgliedstaaten abzielten: Frankreich, Italien, Polen und Spanien.

Der Rechnungshof analysierte die einschlägigen Strategie- und Planungsdokumente und prüfte 28 Projekte der öffentlichen Verwaltung zur Entwicklung von E-Government an Ort und Stelle, wobei er untersuchte, ob diese Projekte den ermittelten Bedarf erfüllten, gut konzipiert und planmäßig durchgeführt wurden sowie zweckdienlich und nachhaltig waren. Außerdem wurde stichprobenhaft an Projektträger ein Online-Fragebogen verschickt.

Die öffentlichen Verwaltungen sahen während des durch diesen Bericht abgedeckten Zeitraums im E-Government eine Möglichkeit, den Verwaltungsaufwand für Bürger, Unternehmen und andere Verwaltungen zu verringern und die Dienste, die sie anbieten, zu verbessern. Diese Maßnahmen zielten auch darauf ab, Beschränkungen im Binnenmarkt abzubauen, die europaweite Mobilität der Bürger zu fördern und die Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 zu unterstützen.

Der Bericht des Rechnungshofs kam zu dem Schluss, dass die vom EFRE geförderten E-Government-Projekte zwar insgesamt zur Entwicklung elektronischer öffentlicher Dienstleistungen beigetragen haben und der Großteil der Projekte auch technisch funktioniert, der erzielte Nutzen jedoch niedriger war als erwartet, vor allem weil der Schwerpunkt nicht ausreichend auf die Projektergebnisse ausgerichtet war.

Der Rechnungshof gestand zwar zu, dass die Projekte meistens den gewünschten Output erbrachten, technologisch einwandfrei und finanziell nachhaltig waren, stellte aber auch fest, dass die Projekte oft aufgrund einer unzulänglichen Konzipierung oder Durchführungsmethodik verspätet oder in einem reduzierten Umfang verwirklicht wurden und der wichtigste Bedarf nicht gedeckt wurde. Darüber hinaus machte es eine mangelnde Messung des Projektnutzens unmöglich, Projekte zu bewerten und einen Erfahrungsschatz für künftige Programme aufzubauen.

Der Bericht schließt mit einer Reihe von Empfehlungen an die Verwaltungsbehörden und die Europäische Kommission, um sicherzustellen, dass eine zukünftige EFRE-Förderung von E-Government-Projekten auf dem ermittelten Bedarf, klaren Zielen und einer Kosten-Nutzen-Analyse beruht und eine effektive Bewertung der Ergebnisse und Auswirkungen mit einschließt.

Die Europäische Kommission begrüßte ihrerseits die positive Bewertung der EFRE-Förderung von E-Government-Diensten in den vier Mitgliedstaaten durch den Rechnungshof, nahm die festgestellten Defizite zur Kenntnis und unterstützte die Empfehlungen für eine verbesserte Bewertung, Umsetzung und Evaluierung.

Den vollständigen Bericht können Sie hier herunterladen:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/9292728.PDF>



„FINANZMITTEL, FLEXIBILITÄT UND FOKUS“ FÜR BESONDERE EU-REGIONEN

Europäische Regionen mit besonderen geografischen Merkmalen – Inseln, Bergen oder einer geringen Bevölkerungsdichte – stehen oft Herausforderungen gegenüber, die ihre Wirtschaftsleistung und die erfolgreiche Umsetzung politischer Maßnahmen beeinflussen. Eine kürzlich durchgeführte Studie hat dieses Problem untersucht und die entscheidende Rolle aufgezeigt, die der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Kohäsionsfonds (KF) in solchen Regionen spielen.

Der Vertrag von Lissabon hat seit seinem Inkrafttreten am 1. Dezember 2009 dafür gesorgt, dass Regionen mit besonderen Herausforderungen für die Entwicklung mehr Aufmerksamkeit bekommen; dies gilt insbesondere für Regionen mit „schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen, wie den nördlichsten Regionen mit sehr geringer Bevölkerungsdichte sowie den Insel-, Grenz- und Bergregionen“.

Die Studie – „Relevanz und Wirksamkeit der Förderung von Regionen mit spezifischer geographischer Ausprägung durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds – Inseln, Berggebiete und dünn besiedelte Gebiete“ – wurde von ADE (Analysis for Economic Decisions) durchgeführt, untersuchte zwei Finanzierungszeiträume (2000-2006 und 2007-2013) und basiert auf einer Analyse der EFRE-/KF-Auswirkungen auf 15 NUTS-2-Regionen und sechs NUTS-3-Gebiete (siehe Kasten) (1).

Diese Regionen und Gebiete zeigten eine Reihe gemeinsamer Merkmale, unter anderem:

- Die Abwanderung junger Menschen, niedrige Geburtenraten und eine alternde Bevölkerung;
- Vertrauen auf bestimmte „Stärken“, darunter natürliche Rohstoffe, Klima, Landschaften und die Entwicklung des Tourismus und damit verbundener Aktivitäten; sowie
- Eine zu geringe Größe der heimischen Märkte, zu wenige gut ausgebildete Arbeitskräfte, unzureichender Zugang zu Ausbildung sowie zu Investitionen von außerhalb des Gebiets.

Die Studie ermittelte, dass der EFRE und der KF einen deutlichen Mehrwert bieten, indem sie:

- Einen langfristigen, stabilen finanziellen Rahmen bieten, in dem die Regionen eine Reihe von Projekten entwickeln können;

(1) Die NUTS-Klassifikation unterteilt jeden EU-Mitgliedstaat in drei Ebenen (NUTS 1, 2 und 3), wobei es sich bei der zweiten und dritten Ebene jeweils um eine weitere Unterteilung der ersten bzw. zweiten Ebene handelt.

DIE 15 VON DER STUDIE ABGEDECKTEN NUTS-2-REGIONEN:

Steiermark (AT), Rhône-Alpes (FR), Kastilien-La Mancha (ES), Balearen (ES), Ostfinland (FI), Korsika (FR), Sizilien (IT), Mittelgriechenland (EL), Nordägäis (EL), Schlesien (PL), Centro (PT), Hauptstadtregion (DK), Övre Norrland (SE), Ostslowenien (SI), und Highlands and Islands (UK).

DIE SECHS VON DER STUDIE ABGEDECKTEN NUTS-3-GEBIETE:

Cuenca (ES), Norrbotten (SE), Lesbos (EL), Bornholm (DK), Ardèche (FR) und Western Isles (UK).

- Als Katalysator dienen und inländische Finanzmittel für wichtige Projekte anziehen;
- Ein flexibles Instrument bieten, mit dem spezifische Bedürfnisse erfüllt und Herausforderungen angegangen werden können und das gleichzeitig mit anderen inländischen und EU-Fonds kombinierbar ist; und
- Den strategischen Fokus, die Einbeziehung von Interessenvertretern und ein verantwortungsvolles Handeln der Verwaltung auf allen Ebenen stärken.

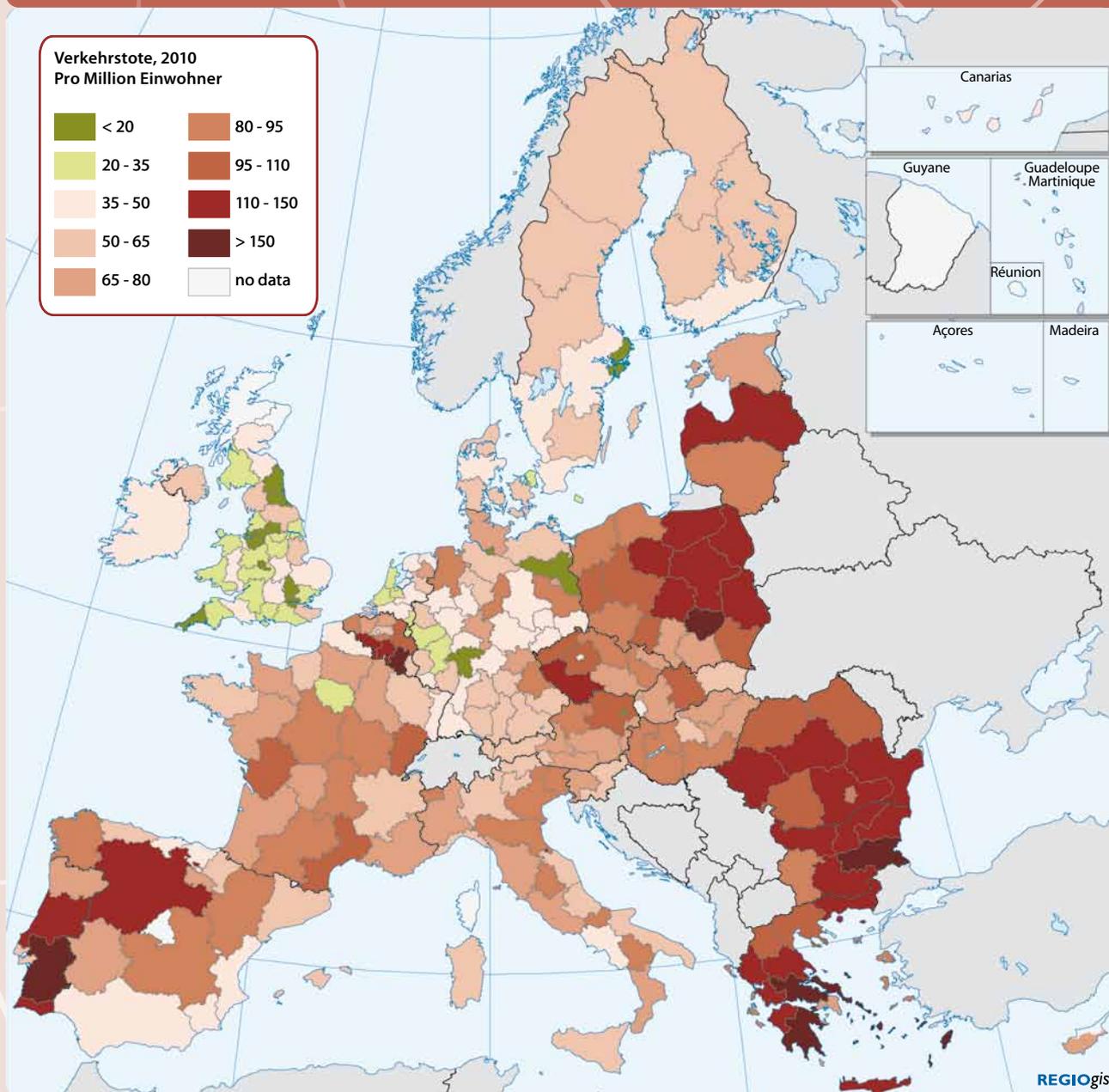
Dennoch weist die Studie darauf hin, dass die beiden Finanzinstrumente noch effektiver werden könnten, wenn die geografischen Besonderheiten in jeder Phase des Finanzierungsprozesses hervorgehoben und nicht als „Probleme“ angesehen würden. Des Weiteren wurde festgestellt, dass die Politik die Entwicklung der Infrastruktur nicht länger als Hauptziel der Finanzierung sehen, sondern sich stattdessen auf eine begrenzte Anzahl von Prioritäten konzentrieren sollte, die sich bereits als vorteilhaft für die Region erwiesen haben – ein Ansatz, der auf die Stärken der Region baut. Darüber hinaus wären flexiblere Vereinbarungen zur Mehr-Ebenen-Governance für den Erfolg der Regionalpolitik in diesen Regionen und Gebieten von Vorteil.

Die Studie schlussfolgert, dass es sich bei EFRE und KF um angemessene Instrumente für die Entwicklung von Regionen mit spezifischen geografischen Merkmalen handelt, da sie die Finanzmittel, die Flexibilität und den Fokus bieten, die für die Umsetzung effektiver Projekte notwendig sind.

Die vollständige Studie können Sie hier nachlesen:

- http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/pdf/eval2007/geographical_final1.pdf
- http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/pdf/eval2007/geographical_final2.pdf

VERKEHRSTOTE PRO MILLION EINWOHNER, 2010



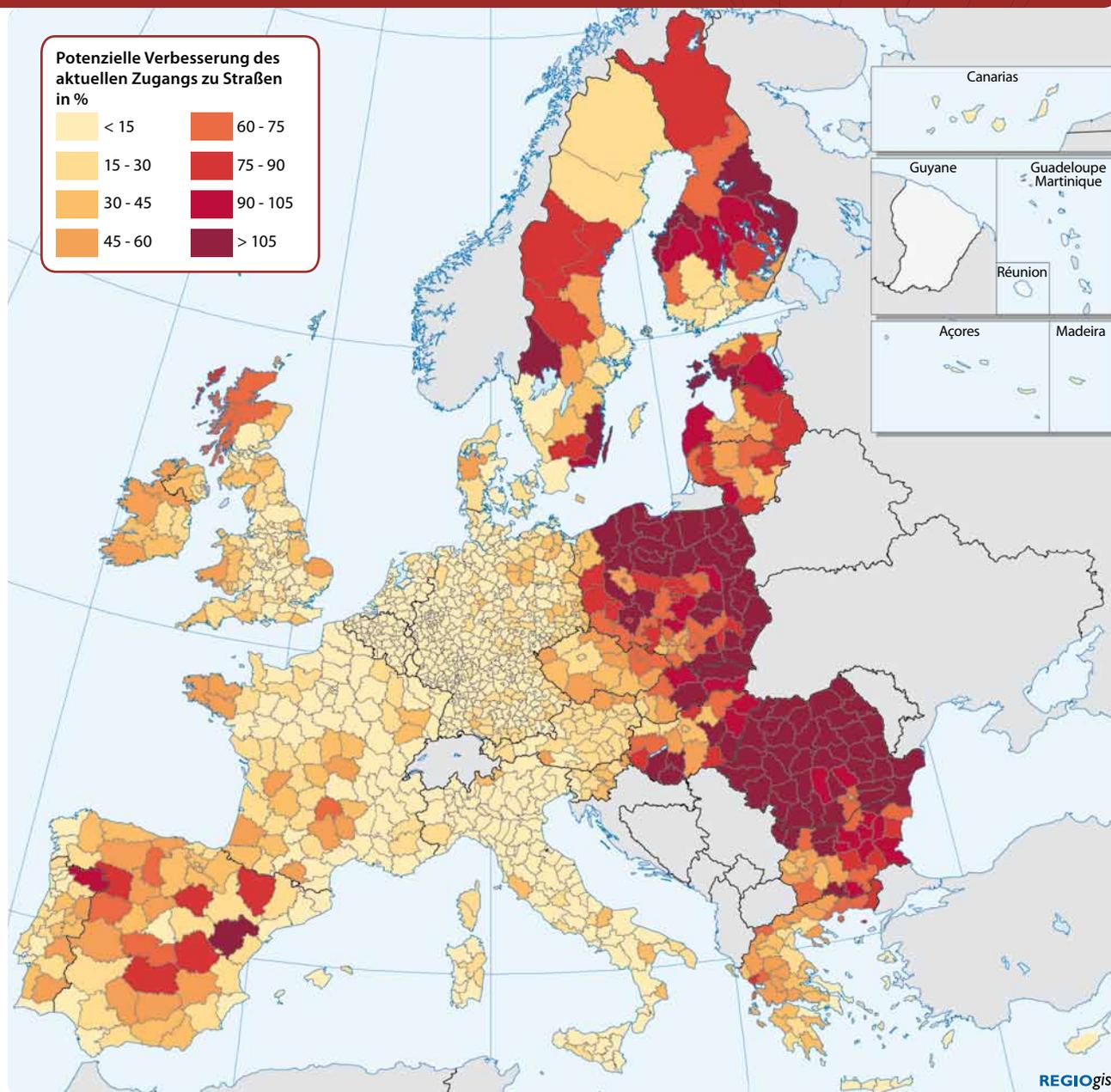
EU-27 = 61,4 | Europäisches Ziel für 2020 = 33,8 | BE, BG, CZ, DE, LV, NL, SE: 2009
Quelle: GD Mobilität und Verkehr, GD Energie, GD Regionalpolitik.

© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

2010 zählten die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich nur 32 Verkehrstote pro eine Million Einwohner im Vergleich zu über 100 in Polen, Griechenland, Rumänien und Bulgarien. Die EU möchte die Anzahl der Verkehrstoten bis 2020 um 50 % im Vergleich zu 2010 verringern, nämlich auf 34 Verkehrstote pro eine Million Einwohner im Jahr 2020. Den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich gelang es, die Anzahl der Verkehrstoten zwischen 2001 und 2010 zu halbieren; sie liegen derzeit unter dem EU-Ziel für 2020. Viele Mitgliedstaaten und Regionen haben jedoch noch einen weiten Weg vor

sich, ehe sie dieses Ziel erreichen. Sieben Regionen haben jedes Jahr über 150 Verkehrstote pro eine Million Einwohner zu beklagen: jeweils eine Region in Bulgarien, Polen und Portugal, drei in Griechenland und eine in Belgien (Provinz Luxemburg), wo mit 258 pro eine Million Einwohner die höchste Anzahl an Verkehrstoten in der EU zu verzeichnen ist. Zwar kann eine verbesserte Straßeninfrastruktur dazu beitragen, die Anzahl der Verkehrstoten zu senken, Änderungen in der Strafverfolgung und im Fahrerverhalten dürften sich jedoch sehr viel deutlicher und schneller auswirken.

POTENZIELLE VERBESSERUNG DES ZUGANGS ZU STRAßEN: HOCHGESCHWINDIGKEITSSZENARIO IM VERGLEICH ZUR AKTUELLEN SITUATION



© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

Beim potenziellen Zugang zu Straßen wird ermittelt, wie hoch der Bevölkerungsanteil ist, der mit einer Fahrtzeit von ungefähr vier Stunden erreichbar ist. Das Hochgeschwindigkeitsszenario geht davon aus, dass ausreichend Autobahnen zur Verfügung stehen. | Quelle: GD Regionalpolitik, Spiekermann & Wegener.

Diese Karte zeigt in dunkler werdenden Farbabstufungen die Regionen, in denen eine verbesserte Straßeninfrastruktur die Anzahl der Menschen, die innerhalb einer Fahrtzeit von vier Stunden leicht erreichbar wären, deutlich erhöhen würde. Sie vergleicht die Anzahl der Menschen, die derzeit erreicht werden können, mit der Anzahl der Menschen, die erreicht werden könnten, wenn es mehr Straßen gäbe, auf denen mit hoher Geschwindigkeit gefahren werden kann. Die Karte zeigt, dass sich in den meisten entwickelten Regionen mit einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nur wenig ändern würde. In den meisten Regionen im Osten der Europäischen Union würde sich die Anzahl der Menschen oder der potenzielle Markt jedoch mehr als verdoppeln.

Wie viele Menschen erreicht werden können, ist nicht nur für Unternehmen wichtig, die Produkte und Dienstleistungen verkaufen möchten. Es wirkt sich auch darauf aus, wie viele Krankenhäuser, Schulen und öffentliche Dienstleistungspunkte benötigt werden. Ist die Straßeninfrastruktur mangelhaft, müssen die Menschen entweder weite Strecken in Kauf nehmen, um öffentliche Dienstleistungen wahrnehmen zu können, oder Behörden müssen weit umfangreicher ausbauen, um eine kleine Einwohnerzahl bedienen zu können.

TERMINE

10. MAI 2012 Regionen und Städte für eine integrierte territoriale Entwicklung _Brüssel (BE)

14. JUNI 2012 Auszeichnung RegioStars _Brüssel (BE)

15. JUNI 2012 Konferenz Regionen für den wirtschaftlichen Wandel _Brüssel (BE)

17.-19. JUNI 2012 3. Jahresforum zur EU-Strategie für den Ostseeraum _Kopenhagen (DK)

2.-3. JULI 2012 2. Forum für Regionen in äußerster Randlage _Brüssel (BE)

21. SEPTEMBER 2012 European Cooperation Day _Brüssel (BE)

8.-11. OKTOBER 2012 OPEN DAYS Europäische Woche der Regionen und Städte _Brüssel (BE)

27.-28. NOVEMBER 2012 1. Jahresforum zur EU-Strategie für die Donau-Region _Regensburg (DE)

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda“:
http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm

VERLEIHEN SIE IHRER STIMME GEHÖR

In der *41. Panorama-Ausgabe* konnten Sie sich ausführlich zu den Plänen der Kommission zur Vereinfachung der Regeln in der zukünftigen Kohäsionspolitik und zur verstärkten Konzentration auf die Ergebnisse informieren.

Wenn Sie uns Ihre Ansichten darüber mitteilen möchten, welche Auswirkungen diese Vorschläge auf Ihre Region oder Ihre Interessen haben werden, oder wenn Sie Fragen dazu haben, setzen Sie sich mit uns unter dieser Adresse in Verbindung:

regio-panorama@ec.europa.eu

ISSN 1608-3881

© Europäische Union, 2012

Die Vervielfältigung ist bei Erwähnung der Quelle gestattet.



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission, Generaldirektion für Regionalpolitik, Referat Kommunikation, Information, Beziehungen zu den Drittländern, Raphaël Goulet
Avenue de Tervueren 41, B-1040 Brussels
E-mail: regio-panorama@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm